

NOMOSLEHRBUCH

Kindhäuser | Schramm

Strafrecht Besonderer Teil I

Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte,
Staat und Gesellschaft

10. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Prof. Dr. Edward Schramm
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Strafrecht

Besonderer Teil I

Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte,
Staat und Gesellschaft

10. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7661-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-1037-4 (ePDF)

10. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Dieses Lehrbuch zu den Delikten gegen Persönlichkeitsrechte, Staat und Gesellschaft ist so konzipiert, dass sich mit seiner Hilfe die sichere Anwendung der einzelnen Vorschriften erarbeiten lässt. Auf eine kurze Einführung zu Zweck, Struktur und ggf auch Geschichte der Norm folgen Definitionen und Erläuterungen der Tatbestandsmerkmale in der Prüfungsreihenfolge des strafrechtlichen Gutachtens. Abschließend wird, soweit dies erforderlich ist, auf typische ausbildungsrelevante Problemstellungen und Zusammenhänge mit den Lehren des Allgemeinen Teils verwiesen.

Die behandelten Vorschriften sind nicht auf den engeren Pflichtstoff begrenzt. Zum einen tragen Grundkenntnisse auch anderer wichtiger Normen zum besseren Verständnis des StGB bei. Zum anderen können solche Vorschriften – wie zB die Organisationsdelikte – für den universitären Schwerpunktbereich von Bedeutung sein. Seit der 9. Auflage das von *Urs Kindhäuser* begründete Lehrbuch fortführen zu dürfen, ist mir Freude und Ehre zugleich.

Für die 10. Auflage wurde der Inhalt aktualisiert und überarbeitet. Die Ausführungen beruhen auf dem Stand des StGB i d F des letzten Änderungsgesetzes v. 12.8.2021 (BGBl. I S. 3544). Eingegangen wird auf die Umgestaltung des § 238 StGB sowie dessen Ausdehnung auf Formen des Cyberstalkings (§ 18/30, 37-44, 46), die Erweiterung des § 201a StGB um Bildaufnahmen von Verstorbenen (§ 28/44) und den neuen § 127 StGB (Strafbarkeit des Betriebes krimineller Handelsplattformen im Internet, § 40/11b, c). Behandelt wird außerdem die Frage der Körperverletzung (§§ 223, 224 StGB) bei einer Infektion mit Corona (§ 7/9, § 9/4, 22) sowie des Ausstellens unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 278 StGB) bei Impfpässen (§ 59/6 ff.). Eingefügt wurden ein Abschnitt (§ 21/31 ff.) über den neuen Straftatbestand der Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen (§ 184k StGB) und Passagen zur punktuellen Erweiterung einzelner Straftatbestände durch das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität im Rahmen des § 241 StGB (§ 14/1 ff.), der §§ 185, 186, 188, 194 StGB (§ 22/2, 22; § 23/25; § 24/8, 10) und des § 140 StGB (§ 40/29 ff.). Kleinere Ergänzungen und leichte Umformulierungen wurden bei folgenden Abschnitten vorgenommen: §§ 113, 114 StGB (§ 36/1 ff.; Schutzzweck, Struktur); § 126a nF StGB (§ 40/11a, Reform); §§ 174 ff. StGB (§ 20/1 ff.; Verhandlungsmoral, Reformen); § 184i StGB (§ 21/26 f., körperliche Berührung, Catcalling); § 184j StGB (§ 21/28, Verfassungskonformität); § 192a nF StGB (§ 22/2, § 40/12, Reform), § 201 StGB (§ 28/7, Filmen von Polizeieinsätzen; § 28/20a, Sprachassistenzsysteme); § 217 aF StGB (§ 4/28 f., Reform); § 238 StGB (§ 18/36, Doxing); § 315d StGB (§ 67/14 ff., Solorasen).

Für ihre tatkräftige Unterstützung danke ich herzlich meinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern *Patrick Kranz*, *Ronja Sanow* und *Meltem Tan* sowie meinen studentischen Assistentinnen und Assistenten *Mark Gries*, *Johann Höpfner*, *Sina Trux* und *Paul-Louis Fischer*. Ebenso danke ich meiner Sekretärin Frau *Petra Richter* für ihre Mitwirkung, Mein Dank gilt schließlich Herrn Dr. *Peter Schmidt* und Frau *Katrin Brandel* vom Nomos Verlag für ihre Geduld und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Jena, im August 2021

Edward Schramm

Vorwort

Vorwort zur 9. Aufl.

Dieses Lehrbuch zu den Straftaten gegen Persönlichkeitsrechte, Staat und Gesellschaft erschien 2003 in der ersten Auflage und sodann ab der zweiten Auflage im Rahmen der „Blauen Reihe“ des Nomos Verlags; Vorläufer war das Repetitorium zum Besonderen Teil I in der Reihe „STUD.iur Grundlagenwissen“ aus dem Jahr 1999. Wie in allen meinen Lehrbüchern zum Strafrecht sollte auch hier der Vorlesungsstoff ergänzend und vertiefend auf dem jeweils aktuellen Diskussionsstand dargestellt werden, ohne dabei einen angemessenen Umfang zu überschreiten. Nach acht Neubearbeitungen hat nunmehr zu meiner großen Freude mein Jenaer Kollege Edward Schramm die Fortführung des Lehrbuchs übernommen. Hierfür möchte ich ihm herzlich danken; zugleich möchte ich mich auch noch einmal bei meinen früheren Mitarbeitern mit Nachdruck bedanken, die mir bei den Aktualisierungen stets hilfreich zur Seite standen.

Bonn, im Sommer 2019

Urs Kindhäuser

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhalt	9
Abkürzungsverzeichnis	31

1. TEIL STRAFTATEN GEGEN PERSÖNLICHKEITSRECHTE

1. Abschnitt: Delikte gegen das Leben	39
2. Abschnitt: Delikte gegen die körperliche Unversehrtheit	95
3. Abschnitt: Straftaten gegen die persönliche Freiheit	139
4. Abschnitt: Delikte gegen Personenstand, Ehe und Familie	195
5. Abschnitt: Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung	197
6. Abschnitt: Delikte gegen die Ehre	208
7. Abschnitt: Verletzung der Privatsphäre	233

2. TEIL STRAFTATEN GEGEN STAAT UND GESELLSCHAFT

1. Abschnitt: Staatsschutzdelikte	271
2. Abschnitt: Straftaten gegen die Staatsgewalt und die öffentliche Ordnung	274
3. Abschnitt: Delikte gegen Religion und Weltanschauung	327
4. Abschnitt: Aussagedelikte	328
5. Abschnitt: Strafvereitelung, Irreführung und Nichtanzeige	351
6. Abschnitt: Urkundendelikte	379
7. Abschnitt: Brandstiftung	417
8. Abschnitt: Verkehrsdelikte	431
9. Abschnitt: Vollrausch und unterlassene Hilfeleistung	462
10. Abschnitt: Amtsdelikte	475
Definitionen	498
Stichwortverzeichnis	516

Inhalt

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	31

1. TEIL STRAFTATEN GEGEN PERSÖNLICHKEITSRECHTE

1. Abschnitt: Delikte gegen das Leben	39
§ 1 Totschlag (§§ 212 f) und fahrlässige Tötung (§ 222)	39
A. Allgemeines	39
I. Gesetzssystematik	39
II. Zeitlicher Schutzbereich	40
1. Zeitraum	40
2. Pränatale Eingriffe	41
B. Definitionen und Erläuterungen	42
I. Grundtatbestand des vorsätzlichen Totschlags (§ 212 Abs. 1)	42
1. Überblick	42
2. Objektiver Tatbestand	42
3. Subjektiver Tatbestand	42
II. Besonders schwerer Fall (§ 212 Abs. 2)	43
III. Minder schwerer Fall (§ 213)	43
1. Überblick	43
2. Erste Tatvariante	43
3. Unbenannter Strafmilderungsgrund	44
IV. Fahrlässige Tötung (§ 222)	44
§ 2 Mord (§ 211)	45
A. Allgemeines	45
I. Grund	45
II. Fallgruppen	46
III. Sanktion	46
IV. Unterlassen	47
B. Definitionen und Erläuterungen	48
I. Mordmerkmale der 1. Gruppe	48
1. Mordlust	48
2. Befriedigung des Geschlechtstriebes	48
3. Habgier	49
4. Sonstige niedrige Beweggründe	50
5. Deliktssystematische Einordnung	51
II. Mordmerkmale der 2. Gruppe	52
1. Heimtückisch	52
2. Grausam	56
3. Mit gemeingefährlichen Mitteln	57
4. Subjektive Tatseite	58

Inhalt

III. Mordmerkmale der 3. Gruppe	58
1. Überblick	58
2. Merkmale	58
C. Anwendung	61
I. Gutachtenaufbau	61
II. Beteiligung	61
1. Besondere persönliche Merkmale	61
2. Fallbeispiele	62
3. Ausblick	65
III. Konkurrenzen und Wahlfeststellung	66
§ 3 Sterbehilfe und Tötung auf Verlangen (§ 216)	67
A. Sterbehilfe/Behandlungsabbruch	67
I. Aktive Lebensverkürzung	67
II. Passive Sterbehilfe	68
III. Technischer Behandlungsabbruch	69
IV. Einvernehmlicher Behandlungsabbruch	69
B. Tötung auf Verlangen (§ 216)	70
I. Allgemeines	70
II. Definitionen und Erläuterungen	71
1. Problemstellung	71
2. Tatbestand	71
3. Beteiligung	72
§ 4 Suizid, Fremdtötung und geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung	74
A. Abgrenzungsfragen	74
B. Teilnahme am Suizid/Fremdtötung in unmittelbarer Begehungstäterschaft	75
I. Problemstellung	75
II. Unmittelbare täterschaftliche Begehung	76
C. Teilnahme am Suizid/Fremdtötung in mittelbarer Begehungstäterschaft	77
I. Kriterien der Eigenverantwortlichkeit	77
II. Veranlassung des Suizids	78
D. Fremdtötung durch Nichtverhinderung eines Suizids	79
I. Problemstellung	79
II. Garantenhaftung	79
III. Unterlassene Hilfeleistung	81
E. Suizid in „mittelbarer Täterschaft“	81
F. Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung (§ 217 aF)	82
§ 5 Aussetzung (§ 221)	84
A. Allgemeines	84
B. Definitionen und Erläuterungen	84
I. Grundtatbestand der Aussetzung (Abs. 1)	84
1. Tathandlungen	84
a) Versetzen in eine hilflose Lage (Nr. 1)	84
b) Im Stich Lassen (Nr. 2)	86
2. Gefahrerfolg	87
3. Risikozusammenhang	88

Inhalt

4. Subjektiver Tatbestand	88
II. Qualifikationen	89
1. Qualifikation nach Abs. 2	89
2. Qualifikation nach Abs. 3	89
3. Versuch der Erfolgsqualifikation	89
C. Anwendung	90
I. Aufbau	90
II. Teilnahme	90
III. Konkurrenzen	90
§ 6 Schwangerschaftsabbruch (§§ 218–219b)	92
A. Geschichtlicher Überblick	92
B. Täterkreis	92
C. Gesetzliche Regelungen (Überblick)	92
I. § 218	92
II. § 218a	93
III. Sonstige Regelungen	94
2. Abschnitt: Delikte gegen die körperliche Unversehrtheit	95
§ 7 Körperverletzung (§§ 223, 229)	95
A. Allgemeines	95
B. Definitionen und Erläuterungen	96
I. Vorsätzliche Körperverletzung (§ 223)	96
1. Objektiver Tatbestand	96
2. Subjektiver Tatbestand	98
II. Fahrlässige Körperverletzung (§ 229)	98
C. Anwendung	99
§ 8 Einwilligung (§ 228) und ärztlicher Heileingriff	100
A. Einwilligung (§ 228)	100
I. Allgemeines	100
II. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Einwilligung	100
1. Voraussetzungen	100
2. Willensmängel	101
3. Widerruf	102
III. Reichweite	102
IV. Sittenwidrigkeit	103
V. Subjektive Tatseite	104
B. Ärztliche Heilbehandlung	104
I. Rechtliche Einordnung	104
1. Einwilligungserfordernis	104
2. Tatbestandsausschluss	105
3. Stellungnahme	105
II. Einwilligung	106

Inhalt

§ 9	Qualifizierte Körperverletzungen (§§ 224 f, 340)	109
A.	Gefährliche Körperverletzung (§ 224)	109
I.	Allgemeines	109
II.	Beibringung von Gift (Abs. 1 Nr. 1)	109
1.	Tatmittel	109
2.	Tathandlung	110
III.	Mittels einer Waffe oder eines anderen gefährlichen Werkzeugs (Abs. 1 Nr. 2)	110
1.	Tatmittel	110
2.	Tathandlung	111
IV.	Hinterlistiger Überfall (Abs. 1 Nr. 3)	112
V.	Gemeinschaftlich mit einem Beteiligten (Abs. 1 Nr. 4)	112
VI.	Lebensgefährdende Behandlung (Abs. 1 Nr. 5)	113
VII.	Subjektiver Tatbestand	114
VIII.	Konkurrenzen	114
B.	Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225)	115
I.	Allgemeines	115
II.	Schutzverhältnisse	115
1.	Opferkreis	115
2.	Schutzverhältnisse	116
III.	Tathandlungen	116
IV.	Subjektiver Tatbestand	117
V.	Qualifikationen	118
VI.	Konkurrenzen	118
C.	Verstümmelung weiblicher Genitalien (§ 226a)	118
I.	Allgemeines	118
II.	Definitionen und Erläuterungen	119
III.	Konkurrenzen	120
D.	Körperverletzung im Amt (§ 340)	120
I.	Allgemeines	120
II.	Tatbestand	120
1.	Objektiver Tatbestand	120
2.	Subjektiver Tatbestand	120
III.	Rechtfertigung	121
IV.	Abs. 3	121
§ 10	Erfolgsqualifizierte Körperverletzungen (§§ 227, 226)	122
A.	Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227)	122
I.	Allgemeines	122
II.	Tatbestand	122
1.	Zusammenhang von Körperverletzung und Todeseintritt	122
2.	Fahrlässigkeit	126
III.	Versuch	126
IV.	Beteiligung	127
B.	Schwere Körperverletzung (§ 226)	127
I.	Allgemeines	127
II.	Tatbestand	128
1.	Erfolg	128

Inhalt

2. Risikozusammenhang	131
3. Subjektive Tatseite	131
III. Versuch	132
IV. Beteiligung	132
§ 11 Beteiligung an einer Schlägerei (§ 231)	134
A. Allgemeines	134
B. Definitionen und Erläuterungen	134
I. Objektiver Tatbestand	134
1. Schlägerei	134
2. Angriff	135
3. Beteiligung	135
II. Subjektiver Tatbestand	135
III. Rechtswidrigkeit und Schuld	135
1. Rechtfertigung	135
2. Schuld	136
IV. Abs. 2	136
V. Objektive Strafbarkeitsbedingung	136
C. Anwendung	138
I. Aufbau	138
II. Konkurrenzen	138
3. Abschnitt: Straftaten gegen die persönliche Freiheit	139
§ 12 List, Gewalt und Drohung	139
A. List	139
B. Gewalt	139
I. Begriff	139
1. Zum Gewaltbegriff der Rechtsprechung	140
2. Zum Gewaltbegriff in der Literatur	142
3. Funktionale Begriffsbestimmung	143
II. Formen der Gewalt	144
1. Absolute Gewalt	144
2. Kompulsive Gewalt	145
3. Unterscheidung	145
4. Unterlassen	145
C. Drohung	146
I. Begriff	146
1. Form	146
2. Realisierung	146
3. Abgrenzungen	147
II. Verhältnis zur Gewalt	148
III. Mehrpersonenverhältnisse auf der Opferseite	148

Inhalt

§ 13 Nötigung (§ 240)	150
A. Allgemeines	150
I. Schutzzweck	150
II. Instrumentalisierung des Opfers	151
III. Umfang	151
B. Definitionen und Erläuterungen	151
I. Nötigungshandlung	152
1. Gewaltanwendung	152
2. Drohung mit einem empfindlichen Übel	153
II. Nötigungserfolg	156
III. Kausalität	156
IV. Subjektiver Tatbestand	156
V. Verwerflichkeit (Abs. 2)	157
1. Allgemeines	157
2. Kriterien	157
3. Inkonnexität	158
4. Erlaubte Selbsthilfe	158
5. Demonstrationen	158
6. Subjektive Tatseite	159
VI. Regelbeispiele (Abs. 4)	159
C. Anwendung	160
I. Aufbau	160
II. Prüfungsreihenfolge auf der Rechtswidrigkeitsebene	160
III. Konkurrenzen	160
§ 14 Bedrohung (§ 241)	162
A. Allgemeines	162
B. Definitionen und Erläuterungen	162
I. Bedrohungstatbestand (§ 241 Abs. 1, 2)	162
1. Objektiver Tatbestand	162
2. Subjektiver Tatbestand	163
II. Vortäuschungstatbestand (§ 241 Abs. 3)	163
1. Tathandlung	163
2. Subjektiver Tatbestand	163
C. Anwendung	163
I. Aufbau	163
II. Konkurrenzen	164
§ 15 Freiheitsberaubung (§ 239)	165
A. Allgemeines	165
B. Definitionen und Erläuterungen	166
I. Tatbestand	166
1. Tatobjekt	166
2. Erfolg	166
3. Tathandlung	166
4. Subjektiver Tatbestand	167
II. Qualifikationen	168
1. Abs. 3 Nr. 1	168

Inhalt

2. Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 4	168
C. Anwendung	168
I. Aufbau	168
II. Einverständnis	169
III. Rechtfertigung	169
IV. Konkurrenzen	169
§ 16 Erpresserischer Menschenraub (§ 239a)	171
A. Allgemeines	171
B. Definitionen und Erläuterungen	171
I. Entführungs- und Bemächtigungstatbestand (Abs. 1 Alt. 1)	171
1. Objektiver Tatbestand	171
2. Subjektiver Tatbestand	173
II. Ausnutzungstatbestand (Abs. 1 Alt. 2)	173
III. Erfolgsqualifikation (Abs. 3)	174
IV. Tätige Reue (Abs. 4)	174
C. Anwendung	175
I. Aufbau	175
II. Einzelfragen	176
1. Scheingeiselnahme	176
2. Ersatzgeiselnahme	176
3. Zwei-Personen-Verhältnisse	177
III. Konkurrenzen	179
§ 17 Geiselnahme (§ 239b)	180
A. Überblick	180
B. Anwendung	180
I. Aufbau	180
1. Entführungs- und Bemächtigungstatbestand (Abs. 1 Alt. 1)	180
2. Ausnutzungstatbestand (Abs. 1 Alt. 2)	181
II. Konkurrenzen	181
§ 18 Weitere Freiheitsdelikte	182
A. Menschenraub (§ 234)	182
B. Entziehung Minderjähriger (§ 235)	182
C. Kinderhandel (§ 236)	183
D. Menschenhandel (§ 232)	183
E. Zwangsprostitution und Zwangsarbeit (§§ 232a, 232b)	184
F. Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233)	185
G. Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung (§ 233a)	185
H. Zwangsheirat (§ 237)	185
I. Allgemeines	185
II. Schutzzweck	186
III. Definitionen und Erläuterungen	186
1. Objektiver Tatbestand	186
2. Subjektiver Tatbestand und Verwerflichkeitsklausel	187
3. Abs. 4	187
4. Konkurrenzen	187

Inhalt

I. Nachstellung (§ 238)	187
I. Allgemeines	187
II. Definitionen und Erläuterungen	188
1. Objektiver Tatbestand	188
2. Subjektiver Tatbestand	192
3. Regelbeispiele (Abs. 2)	192
4. Erfolgsqualifikation (Abs. 3)	193
III. Anwendung	193
1. Aufbau	193
2. Konkurrenzen	194
4. Abschnitt: Delikte gegen Personenstand, Ehe und Familie	195
§ 19 Verletzung von Unterhalts- und Fürsorgepflichten	195
A. Verletzung der Unterhaltspflicht (§ 170)	195
B. Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht (§ 171)	196
5. Abschnitt: Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung	197
§ 20 Überblick und Systematik (§§ 174 ff)	197
§ 21 Einzelne Sexualstraftatbestände	199
A. Sexueller Übergriff; Sexuelle Nötigung; Vergewaltigung (§ 177)	199
I. Allgemeines	199
II. Tatbestand	199
1. Grundtatbestand nach Abs. 1	199
2. Missbrauchs- und Nötigungsfälle nach Abs. 2	199
3. Der nötigende sexuelle Übergriff (Abs. 5)	201
4. Die Vergewaltigung und andere besonders schwere Fälle (Abs. 6)	202
5. Qualifikationstatbestände nach Abs. 7, 8	203
B. Sexueller Übergriff, Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge (§ 178)	203
C. Sexuelle Belästigung (§ 184i)	204
D. Straftaten aus Gruppen (§ 184j)	205
E. Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen (§ 184k)	206
I. Allgemeines	206
II. Tatbestand	206
1. Abs. 1 Nr. 1	206
2. Abs. 1 Nr. 2, 3	206
III. Sozialadäquanzklausel (Abs. 3), Konkurrenzen	207
6. Abschnitt: Delikte gegen die Ehre	208
§ 22 Allgemeines	208
A. Schutzbereich	208
I. Begriff der Ehre	208

Inhalt

II. Opferkreis	209
1. Einzelpersonen und Personengesamtheiten	210
2. Einzelpersonen unter Kollektivbezeichnung	210
B. Beleidigung als Kundgabedelikt	211
I. Erfordernis einer Äußerung	211
II. Irrelevante Kommunikationen	212
C. Strafantrag (§ 194)	213
D. Systematik	213
§ 23 Üble Nachrede (§ 186)	215
A. Allgemeines	215
B. Definitionen und Erläuterungen	215
I. Tatbestand	215
1. Tathandlung	215
2. Subjektiver Tatbestand	217
II. Nichterweislichkeit der Wahrheit	217
III. Qualifizierende Merkmale	218
1. Öffentlich	218
2. In einer Versammlung	218
3. Verbreiten eines Inhalts	218
C. Anwendung	219
§ 24 Qualifikationen (§§ 187 f)	220
A. Verleumdung (§ 187)	220
I. Allgemeines	220
II. Tatbestände	220
III. Qualifikation und Konkurrenzen	221
B. Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung (§ 188)	221
§ 25 Beleidigung (§ 185)	223
A. Allgemeines	223
B. Definitionen und Erläuterungen	223
I. Beleidigungstatbestand	223
1. Tathandlung	223
2. Subjektiver Tatbestand	224
II. Qualifizierende Merkmale	225
III. Formalbeleidigung	225
C. Anwendung	226
§ 26 Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189)	227
A. Allgemeines	227
B. Definitionen und Erläuterungen	227
§ 27 Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193)	229
A. Allgemeines	229
B. Definitionen und Erläuterungen	229
I. Objektive Rechtfertigung	229
1. Tadelnde Urteile	229

Inhalt

2.	Ausführung oder Verteidigung von Rechten	229
3.	Vorhaltungen, Rügen, Anzeigen und Urteile	230
4.	Wahrnehmung (sonstiger) berechtigter Interessen	230
II.	Subjektive Rechtfertigung	232
7. Abschnitt:	Verletzung der Privatsphäre	233
§ 28	Verletzung der Privat- oder Intimsphäre	233
A.	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (§ 201)	233
I.	Allgemeines	233
II.	Tatbestände	233
1.	Abs. 1 Nr. 1	233
2.	Abs. 1 Nr. 2	234
3.	Abs. 2 Nr. 1	235
4.	Abs. 2 Nr. 2	236
5.	Subjektiver Tatbestand	236
6.	Abs. 3	236
III.	Rechtswidrigkeit	236
1.	Unbefugt	236
2.	Allgemeine Rechtfertigungsgründe	237
IV.	Anwendung	237
1.	Aufbau	237
2.	Konkurrenzen	238
B.	Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen (§ 201a)	238
I.	Allgemeines	238
II.	Tatbestände	238
1.	Abs. 1	238
a)	Abs. 1 Nr. 1, Wohnung	238
b)	Abs. 1 Nr. 2, Hilflosigkeit	239
c)	Abs. 1 Nr. 3, Verstorbene	239
d)	Abs. 1 Nr. 4	240
e)	Abs. 1 Nr. 5	240
f)	Tathandlungen	240
g)	Höchstpersönlicher Lebensbereich	240
2.	Abs. 2, Ansehen	241
3.	Abs. 3 und 4, Nacktaufnahmen	241
4.	Unbefugt	242
5.	Subjektive Tatseite	242
III.	Konkurrenzen	242

Inhalt

§ 29 Verletzung des Briefgeheimnisses (§ 202)	243
A. Allgemeines	243
B. Definitionen und Erläuterungen	243
I. Tatbestand	243
1. Tatobjekt	243
2. Tathandlungen	243
II. Rechtswidrigkeit	245
C. Anwendung	245
I. Aufbau	245
II. Konkurrenzen	246
§ 30 Ausspähen und Abfangen von Daten (§§ 202a–202d)	247
A. Ausspähen von Daten (§ 202a)	247
I. Allgemeines	247
II. Definitionen und Erläuterungen	247
1. Tatbestand	247
2. Rechtswidrigkeit	249
B. Abfangen von Daten (§ 202b)	249
I. Allgemeines	249
II. Definitionen und Erläuterungen	249
1. Tatbestand	249
2. Rechtswidrigkeit	250
C. Vorbereitungshandlungen (§ 202c)	250
D. Datenhehlerei (§ 202d)	251
I. Allgemeines	251
II. Definitionen und Erläuterungen	251
1. Tatbestand	251
2. Strafraumenbegrenzung	252
3. Tatbestandsausschluss	252
4. Strafantragserfordernis	253
§ 31 Verletzung und Verwertung von Privatgeheimnissen (§§ 203 f)	254
A. Allgemeines	254
B. Definitionen und Erläuterungen	254
I. Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203)	254
1. Abs. 1	255
2. Abs. 2	256
3. Abs. 3, 4, Mitwirkende Personen und ihre Geheimhaltungspflicht	256
4. Abs. 5	257
5. Subjektiver Tatbestand	257
II. Rechtswidrigkeit	257
III. Qualifikation (Abs. 6)	258
C. Verwertung fremder Geheimnisse (§ 204)	258
D. Anwendung	258
I. Aufbau	258
II. Beteiligung	259

Inhalt

§ 32 Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses (§ 206)	260
A. Allgemeines	260
B. Deliktsmerkmale und Konkurrenzen	260
§ 33 Hausfriedensbruch (§ 123)	262
A. Allgemeines	262
B. Definitionen und Erläuterungen	262
I. Geschützte Räumlichkeiten	262
II. Tathandlungen	263
1. Eindringen	263
2. Sich-nicht-Entfernen trotz Aufforderung	266
III. Subjektiver Tatbestand	266
IV. Rechtfertigung	266
C. Anwendung	267
I. Aufbau	267
II. Konkurrenzen	267
§ 34 Schwerer Hausfriedensbruch (§ 124)	269
A. Allgemeines	269
B. Definitionen und Erläuterungen	269
I. Objektiver Tatbestand	269
II. Subjektiver Tatbestand	270

2. TEIL STRAFTATEN GEGEN STAAT UND GESELLSCHAFT

1. Abschnitt: Staatsschutzdelikte	271
§ 35 Systematik und Überblick (§§ 80a ff)	271
2. Abschnitt: Straftaten gegen die Staatsgewalt und die öffentliche Ordnung	274
§ 36 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113); Angriff auf Vollstreckungsbeamte (§ 114)	274
A. Allgemeines	274
B. Definitionen und Erläuterungen zu § 113	275
I. Objektiver Tatbestand	275
1. Täter- und Opferkreis	275
2. Vollstreckungshandlung als Ziel des Widerstands	276
3. Tathandlungen	277
II. Subjektiver Tatbestand	278
III. Rechtmäßigkeit der Diensthandlung (Abs. 3)	279
1. Kriterien der Rechtmäßigkeit	279
2. Deliktssystematische Einordnung	282
IV. Irrtum über die Rechtmäßigkeit der Diensthandlung (Abs. 4)	282
V. Besonders schwere Fälle (Abs. 2)	283
1. Abs. 2 Nr. 1	283

Inhalt

2. Abs. 2 Nr. 2	283
3. Abs. 2 Nr. 3	284
C. Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte, § 114	284
1. Rechtsgut	284
2. Objektiver Tatbestand	284
3. Konkurrenzen	285
D. Anwendung	286
I. Aufbau des § 113	286
II. Verhältnis des § 113 zur Nötigung (§ 240)	286
III. Aufbau des § 114	287
§ 37 Gefangenenbefreiung (§ 120)	289
A. Allgemeines	289
B. Definitionen und Erläuterungen	289
I. Gefangener	289
II. Täter	291
III. Tathandlungen	291
C. Anwendung	292
I. Aufbau	292
II. Beteiligung	292
III. Versuch	293
§ 38 Gefangenenmeuterei (§ 121)	294
A. Allgemeines	294
B. Definitionen und Erläuterungen	294
I. Tatbestand	294
II. Abs. 3	295
§ 39 Landfriedensbruch (§§ 125 f)	296
A. Allgemeines	296
B. Definitionen und Erläuterungen	296
I. Tatbestand	296
1. Gewalttätiger Landfriedensbruch	296
2. Bedrohender Landfriedensbruch	297
3. Aufwieglerischer Landfriedensbruch	297
4. Subjektiver Tatbestand	298
5. Konkurrenzen	298
II. Besonders schwere Fälle (§ 125a)	298
§ 40 Delikte gegen den Rechtsfrieden (§§ 111, 126, 127, 130–131, 140)	300
A. Allgemeines	300
B. Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111)	300
C. Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (§ 126)	301
D. Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet (§ 127)	302
E. Volksverhetzung (§ 130)	303
F. Anleitung zu Straftaten (§ 130a)	306
G. Gewaltdarstellung (§ 131)	307
H. Belohnung und Billigung von Straftaten (§ 140)	308

Inhalt

§ 41 Organisationsdelikte (§§ 128–129b)	309
A. Allgemeines	309
B. Bildung bewaffneter Gruppen (§ 128)	309
C. Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129)	310
D. Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a)	312
E. Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b)	313
§ 42 Amtsanmaßung und Missbrauch von Titeln (§§ 132 f)	314
A. Amtsanmaßung (§ 132)	314
I. Allgemeines	314
II. Definitionen und Erläuterungen	314
1. Tatbestand	314
2. Konkurrenzen	316
B. Missbrauch von Titeln (§ 132a)	316
I. Allgemeines	316
II. Definitionen und Erläuterungen	316
§ 43 Verwahrungsbruch und Verletzung amtlicher Bekanntmachungen (§§ 133 f)	319
A. Verwahrungsbruch (§ 133)	319
I. Allgemeines	319
II. Definitionen und Erläuterungen	319
1. Tatbestand	319
2. Qualifikation	321
B. Verletzung amtlicher Bekanntmachungen (§ 134)	321
I. Allgemeines	321
II. Definitionen und Erläuterungen	321
§ 44 Verstrickungs- und Siegelbruch (§ 136)	323
A. Allgemeines	323
B. Verstrickungsbruch (Abs. 1)	323
C. Siegelbruch (Abs. 2)	324
D. Rechtswidrigkeit und Konkurrenzen	325
3. Abschnitt: Delikte gegen Religion und Weltanschauung	327
§ 45 Systematik und Überblick (§§ 166–168)	327
4. Abschnitt: Aussagedelikte	328
§ 46 Falsche uneidliche Aussage (§ 153)	328
A. Allgemeines	328
B. Definitionen und Erläuterungen	328
I. Objektiver Tatbestand	328
1. Täterkreis	328
2. Zuständige Stelle	328
3. Tathandlung	329
II. Subjektiver Tatbestand	332

Inhalt

C. Anwendung	332
I. Aufbau	332
II. Beteiligung	333
§ 47 Meineid und falsche Versicherung an Eides Statt (§§ 154–156, 161)	335
A. Meineid (§§ 154, 155)	335
I. Allgemeines	335
II. Definitionen und Erläuterungen	335
1. Täterkreis	335
2. Zuständige Stelle	336
3. Tathandlung	336
4. Subjektiver Tatbestand	337
III. Anwendung	337
B. Falsche Versicherung an Eides Statt (§ 156)	337
I. Allgemeines	337
II. Definitionen und Erläuterungen	337
1. Tathandlung	338
2. Zuständige Stelle	338
3. Unwahrheit	338
4. Subjektiver Tatbestand	339
C. Fahrlässiger Falscheid; fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt (§ 161)	339
§ 48 Versuch der Anstiftung zur Falschaussage und Verleitung zur Falschaussage (§§ 159 f)	341
A. Versuch der Anstiftung zur Falschaussage (§ 159)	341
I. Allgemeines	341
II. Definitionen und Erläuterungen	341
B. Verleitung zur Falschaussage (§ 160)	342
I. Allgemeines	342
II. Definitionen und Erläuterungen	343
III. Anwendung	343
§ 49 Aussagenotstand (§ 157)	346
A. Allgemeines	346
B. Definitionen und Erläuterungen	346
I. Voraussetzungen	346
1. Anwendungsbereich	346
2. Absicht der Gefahrabwendung	346
II. Konkurrenzen	348
§ 50 Berichtigung einer falschen Aussage (§§ 158, 161 Abs. 2)	349
A. Allgemeines	349
B. Definitionen und Erläuterungen	349
I. Voraussetzungen	349
1. Berichtigen	349
2. Verspätete Berichtigung	349
II. Verhältnis zu § 24	350

5. Abschnitt: Strafvereitelung, Irreführung und Nichtanzeige	351
§ 51 Strafvereitelung (§§ 258 f)	351
A. Allgemeines	351
B. Definitionen und Erläuterungen	351
I. Verfolgungsvereitelung (Abs. 1)	351
1. Vortat	352
2. Tathandlung und Erfolg	352
II. Vollstreckungsvereitelung (Abs. 2)	353
1. Rechtskräftige Verurteilung	354
2. Tathandlung und Erfolg	354
III. Subjektiver Tatbestand	355
IV. Strafausschließungsgründe (Abs. 5 und 6)	355
C. Qualifikation: Strafvereitelung im Amt (§ 258a)	356
D. Anwendung	357
I. Aufbau	357
II. Versuch	358
III. Beteiligung	358
§ 52 Falsche Verdächtigung (§ 164)	361
A. Allgemeines	361
B. Definitionen und Erläuterungen	361
I. Abs. 1	361
1. Objektiver Tatbestand	362
2. Subjektiver Tatbestand	365
II. Abs. 2	365
C. Anwendung	366
I. Aufbau	366
II. Irrtum	366
III. Entsprechende Anwendung von § 158?	366
IV. Konkurrenzen, Wahlfeststellung	366
§ 53 Vortäuschen einer Straftat (§ 145d)	368
A. Allgemeines	368
B. Definitionen und Erläuterungen	368
I. Objektive Tatbestände	368
1. Abs. 1 Nr. 1	368
2. Abs. 2 Nr. 1	370
3. Abs. 1 Nr. 2	371
4. Abs. 2 Nr. 2	372
II. Subjektiver Tatbestand	372
C. Anwendung	372
I. Aufbau	372
1. Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 Nr. 1	372
2. Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2	373
II. Subsidiaritätsklausel	373

Inhalt

§ 54 Nichtanzeige geplanter Straftaten (§§ 138 f)	374
A. Allgemeines	374
B. Definitionen und Erläuterungen	374
I. Tatbestand (§ 138)	374
1. Anzeigepflicht	374
2. Täter	375
3. Tathandlung	376
4. Subjektiver Tatbestand	376
II. Straflosigkeit (§ 139)	377
C. Anwendung	377
6. Abschnitt: Urkundendelikte	379
§ 55 Urkundenfälschung (§ 267)	379
A. Allgemeines	379
B. Definitionen und Erläuterungen	381
I. Tatobjekt (Urkunde)	381
1. Begriff	381
2. Abgrenzungen	384
3. Besondere Urkunden	385
II. Tathandlungen	389
1. Herstellen einer unechten Urkunde (Abs. 1 Alt. 1)	389
2. Verfälschen einer echten Urkunde (Abs. 1 Alt. 2)	391
3. Gebrauchen einer unechten oder verfälschten Urkunde (Abs. 1 Alt. 3)	393
III. Subjektiver Tatbestand	394
IV. Besonders schwere Fälle	394
C. Anwendung	395
I. Aufbau	395
II. Beteiligung	396
III. Konkurrenzen	396
§ 56 Fälschung technischer Aufzeichnungen und beweisheblicher Daten (§§ 268 f)	398
A. Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268)	398
I. Allgemeines	398
II. Definitionen und Erläuterungen	398
1. Tatobjekt (technische Aufzeichnung)	398
2. Mangelnde Echtheit	399
3. Tathandlungen	400
4. Subjektiver Tatbestand	400
B. Fälschung beweisheblicher Daten (§ 269)	400
I. Allgemeines	400
II. Definitionen und Erläuterungen	400
1. „Datenurkunde“	401
2. Tathandlungen	401
3. Subjektiver Tatbestand	402

Inhalt

§ 57 Urkundenunterdrückung (§ 274)	403
A. Allgemeines	403
B. Definitionen und Erläuterungen zu Abs. 1 Nrn. 1, 2	403
I. Objektiver Tatbestand des Abs. 1 Nr. 1	403
1. Tatobjekte	403
2. Gehören	403
3. Tathandlungen	404
II. Objektiver Tatbestand des Abs. 1 Nr. 2	405
III. Subjektiver Tatbestand	405
C. Anwendung	406
I. Aufbau	406
II. Konkurrenzen	406
§ 58 Falschbeurkundung im Amt und mittelbare Falschbeurkundung (§§ 348, 271)	407
A. Falschbeurkundung im Amt (§ 348)	407
I. Allgemeines	407
II. Definitionen und Erläuterungen	407
1. Objektiver Tatbestand	407
2. Subjektiver Tatbestand	409
III. Anwendung	409
B. Mittelbare Falschbeurkundung (§ 271)	409
I. Allgemeines	409
II. Definitionen und Erläuterungen (Abs. 1)	409
III. Anwendung	410
1. Aufbau	410
2. Irrtumsfragen	411
§ 59 Fälschung, Ausstellen und Gebrauch von Gesundheitszeugnissen (§§ 277–279)	413
A. Fälschung von Gesundheitszeugnissen (§ 277)	413
B. Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 278)	413
C. Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 279)	414
§ 60 Fälschung und Missbrauch von Ausweispapieren und anderen Urkunden (§§ 273, 275–276a, 281)	415
A. Verändern von amtlichen Ausweisen (§ 273)	415
B. Missbrauch von Ausweispapieren (§ 281)	415
C. Sonstige Ausweisdelikte (§§ 275–276a)	416
7. Abschnitt: Brandstiftung	417
§ 61 Einfache Brandstiftung (§§ 306, 306d)	417
A. Allgemeines	417
B. Definitionen und Erläuterungen	417
I. Tatbestand	417
1. Tatobjekte	417
2. Tathandlungen	418
3. Subjektiver Tatbestand	420
II. Tätige Reue (§ 306e)	420

Inhalt

C. Anwendung	421
I. Aufbau	421
II. Konkurrenzen	421
§ 62 Qualifizierte Brandstiftungen (§§ 306a–306c)	422
A. Schwere Brandstiftung (§ 306a)	422
I. Allgemeines	422
II. Definitionen und Erläuterungen	422
1. Abs. 1	422
2. Abs. 2	424
3. Subjektiver Tatbestand	424
III. Anwendung	425
1. Aufbau	425
2. Tätige Reue	425
3. Einwilligung	425
B. Besonders schwere Brandstiftung (§ 306b)	425
I. Allgemeines	425
II. Definitionen und Erläuterungen	425
1. Abs. 1	425
2. Abs. 2	426
C. Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c)	427
§ 63 Herbeiführen einer Brandgefahr (§ 306f)	429
A. Allgemeines	429
B. Definitionen und Erläuterungen	429
C. Anwendung	429
I. Konkurrenzen	429
II. Tätige Reue (§ 306e)	430
8. Abschnitt: Verkehrsdelikte	431
§ 64 Trunkenheit im Verkehr (§ 316)	431
A. Allgemeines	431
B. Definitionen und Erläuterungen	431
I. Objektiver Tatbestand	431
1. Führen eines Fahrzeugs	431
2. Fahruntauglichkeit	432
II. Subjektiver Tatbestand	433
C. Anwendung	434
I. Aufbau	434
II. Konkurrenzen	434
§ 65 Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c)	435
A. Allgemeines	435
B. Definitionen und Erläuterungen	435
I. Handlungsteil	435
1. Abs. 1 Nr. 1	435
2. Abs. 1 Nr. 2	435

Inhalt

II. Gefährdungsteil	436
1. Gefährdungsobjekte	436
2. Gefährden	436
III. Kausalität und Zurechnungszusammenhang	437
IV. Subjektiver Tatbestand	437
C. Anwendung	437
I. Aufbau	437
II. Einwilligung	438
III. Konkurrenzen	438
§ 66 Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b)	440
A. Allgemeines	440
B. Definitionen und Erläuterungen	440
I. Tatbestand	440
1. Tathandlungen	440
2. Kausal- und Zurechnungszusammenhang	442
3. Subjektiver Tatbestand	443
II. Qualifikation	443
C. Anwendung	443
§ 67 Verbotene Kraftfahrzeugrennen (§ 315d)	445
A. Allgemeines	445
B. Definitionen und Erläuterungen	445
I. Tatbestand	445
1. Im Straßenverkehr	446
2. Nicht erlaubtes Kraftfahrzeugrennen ausrichten oder durchführen (Abs. 1 Nr. 1) oder daran teilnehmen (Abs. 1 Nr. 2)	446
3. Grob verkehrswidriges und rücksichtsloses Rasen (Abs. 1 Nr. 3)	
Im Straßenverkehr	447
II. Qualifikationen	449
C. Anwendung	450
I. Aufbau	450
II. Konkurrenzen	451
§ 68 Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142)	452
A. Allgemeines	452
B. Definitionen und Erläuterungen	452
I. Tatbestand	452
1. Tatsituation (Unfall)	452
2. Täterkreis (Unfallbeteiligte)	453
3. Tathandlungen	454
4. Subjektiver Tatbestand	459
II. Tätige Reue	459
C. Anwendung	459
I. Aufbau	459
1. Abs. 1	459
2. Abs. 2	460
II. Beteiligung	460
III. Konkurrenzen	460

Inhalt

9. Abschnitt: Vollrausch und unterlassene Hilfeleistung	462
§ 69 Vollrausch (§ 323a)	462
A. Allgemeines	462
B. Definitionen und Erläuterungen	463
I. Objektiver Tatbestand	463
1. Rausch	463
2. (Mögliche) Schuldunfähigkeit	464
II. Subjektiver Tatbestand und Schuld	465
III. Rauschtat	465
C. Anwendung	466
I. Aufbau	466
II. Beteiligung	466
III. Konkurrenzen	467
§ 70 Unterlassene Hilfeleistung; Behinderung von hilfeleistenden Personen (§ 323c)	468
A. Allgemeines	468
B. Definitionen und Erläuterungen	468
I. Objektiver Tatbestand des Abs. 1	468
1. Tatsituation	469
2. Unterlassen der erforderlichen und zumutbaren Hilfeleistung	470
a) Erforderlichkeit	470
b) Zumutbarkeit	471
II. Subjektiver Tatbestand des Abs. 1	471
III. Objektiver Tatbestand des Abs. 2	471
1. Notsituation	472
2. Hilfeleistende Person	472
3. Tathandlung	472
IV. Subjektiver Tatbestand bei Abs. 2	473
C. Anwendung	473
I. Aufbau	473
II. Tätige Reue	473
III. Konkurrenzen	474
10. Abschnitt: Amtsdelikte	475
§ 71 Vorteilsannahme und Bestechlichkeit (§§ 331f)	475
A. Vorteilsannahme (§ 331)	475
I. Allgemeines	475
II. Definitionen und Erläuterungen	475
1. Täterkreis	476
2. Vorteil	476
3. Dienstaussübung (Abs. 1)	478
4. Richterliche Handlung (Abs. 2)	479
5. Unterlassen (§ 336)	479
6. Tathandlung	479
7. Vollendung	482

Inhalt

8. Subjektiver Tatbestand	482
9. Genehmigung (Abs. 3)	483
III. Anwendung	483
1. Aufbau	483
2. Beteiligung	483
B. Bestechlichkeit (§ 332)	484
I. Allgemeines	484
II. Definitionen und Erläuterungen	484
1. Täterkreis	484
2. Unrechtsvereinbarung	484
3. Pflichtverletzung	485
4. Subjektiver Tatbestand	486
C. Besonders schwere Fälle (§ 335)	486
§ 72 Vorteilsgewährung und Bestechung (§§ 333 f)	488
A. Vorteilsgewährung (§ 333)	488
I. Allgemeines	488
II. Definitionen und Erläuterungen	488
B. Bestechung (§ 334)	489
§ 73 Rechtsbeugung (§ 339)	490
A. Allgemeines	490
B. Definitionen und Erläuterungen	490
I. Rechtssache	490
II. Täterkreis	490
III. Tathandlung	491
1. Rechtsverletzung	491
2. Unrichtige Rechtsanwendung	492
IV. Erfolg	493
V. Subjektiver Tatbestand	493
C. Anwendung	493
I. Beteiligung	493
II. Sperrwirkung der Rechtsbeugung	493
§ 74 Aussageerpressung (§ 343)	495
A. Allgemeines	495
B. Definitionen und Erläuterungen	495
I. Tatsituation	495
II. Täterkreis	495
III. Tathandlungen	496
IV. Subjektiver Tatbestand	496
V. Anwendung	497
Definitionen	498
Stichwortverzeichnis	516

1. TEIL

STRAFTATEN GEGEN PERSÖNLICHKEITSRECHTE

1. Abschnitt: Delikte gegen das Leben

§ 1 Totschlag (§§ 212 f) und fahrlässige Tötung (§ 222)

A. Allgemeines

I. Gesetzssystematik

Der Totschlag (§ 212) und die fahrlässige Tötung (§ 222) gehören – neben dem Mord (§ 211) und der Tötung auf Verlangen (§ 216) – zu den **Tötungsdelikten** i.e.S., die wiederum mit dem **Schwangerschaftsabbruch** (§§ 218 bis 219b) und der **Aussetzung** (§ 221) die Gruppe der Delikte gegen das menschliche Leben i.w.S. bilden. Der früher im StGB als § 220a aF enthaltene Straftatbestand des **Völkermords** wurde 2002 in das Völkerstrafgesetzbuch (§ 6 VStGB) verschoben.¹

Nach weit überwiegender Ansicht im Schrifttum ist der **Totschlag** der **Grundtatbestand** der vorsätzlichen Tötungsdelikte;² er wird durch § 211 qualifiziert. § 213 ist eine – nur für § 212 geltende³ – unselbständige Strafzumessungsvorschrift, die eine mildere Bestrafung vor allem für provozierte Tötungen ermöglicht. Eine selbstständige und abschließende Privilegierung zu § 212 formuliert dagegen der Tatbestand der Tötung auf Verlangen nach § 216.⁴

Für die Einstufung des Totschlags als Grundtatbestand spricht, dass zwischen § 211 und § 212 nur eine graduelle Unrechtsabstufung besteht. Hieran ändert auch die für § 211 absolut angedrohte lebenslange Freiheitsstrafe nichts: Es ist heute anerkannt, dass bei gemindertem Unrecht entweder nur § 212 anzuwenden oder das Strafmaß trotz formal erfüllter Mordmerkmale nach Maßgabe von § 49 zu senken ist.⁵ Ferner wurde durch die Einfügung von § 57a im Jahr 1981 die Differenz zwischen zeitiger und lebenslanger Freiheitsstrafe auf der Ebene der Strafvollstreckung relativiert. Auch der Umstand, dass § 211 vom „Mörder“, § 212 aber vom „Totschläger“ spricht, besagt nichts. Entsprechende Tätertypen lassen sich weder normativ noch kriminologisch unterscheiden.

1 Zu diesem Straftatbestand und seiner Rechtsnatur vgl. MK-Krefß, § 6 VStGB; Schramm IntStR Kap. 2 Rn 36 ff.; Werle/Jeßberger Rn 950 ff.

2 Vgl. nur W/H/E-Engländer Rn 84; SK-Sinn § 211 Rn 2, jew. mwN.; referierend S/S/W-Momsen, Vor § 211 Rn 10; unentschieden LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 151.

3 BGHSt 2, 258; 30, 105 (118); S/S-Eser/Sternberg-Lieben Vor § 211 Rn 9a, § 213 Rn 3; Fischer § 213 Rn 2; Hohmann/Sander § 1/15; für eine Anwendbarkeit von § 213 Alt. 1 auf § 211 dagegen Zwihehoff, Die provozierte Tötung, 2001, 39; zust. NK-Neumann, Vor § 211 Rn 167; für eine Anwendbarkeit des Strafrahmens von § 212 beim Zusammentreffen von §§ 211 und 213 Alt. 1 Küpper Kriele-FS 777 (793 f); Rengier II § 4/76.

4 Fischer § 216 Rn 2; L-Kühl § 216 Rn 1; Mitsch JuS 1996, 26 (27); Otto § 6/1; M/S/M/H/M-Hoyer I § 2 Rn 61; SK-Sinn § 216 Rn 2.

5 Näher § 2 Rn 5 ff.

§ 1 1. TEIL STRAFTATEN GEGEN PERSÖNLICHKEITSRECHTE

- 4 Demgegenüber sieht die Judikatur⁶ in den §§ 211 und 212 zwei selbstständige Tatbestände mit jeweils unterschiedlichem und abschließend umschriebenem Unrechtsgehalt. Der Mord sei keine Qualifikation zu § 212, sondern ein eigenständiges Delikt (*delictum sui generis*), das die Strafbarkeit selbstständig begründe. Auch § 216 wird als *delictum sui generis* verstanden.⁷
- 5 Die voneinander abweichenden systematischen Einordnungen des Mordtatbestands haben vor allem Konsequenzen für die Anwendbarkeit von § 28 bei mehreren Beteiligten.⁸ Entsprechendes gilt für das Verhältnis von § 212 und § 216.

II. Zeitlicher Schutzbereich

- **FALL 1:** Bei einer Abtreibung in der 20. Woche der Schwangerschaft wird ein etwa 25 cm langes Wesen mit bereits ausgeprägten Körperformen ausgestoßen, das sich zuckend bewegt und piepst. Der Ehemann E der Schwangeren hält das Kind für lebend und drückt es etwa zwei Minuten lang in die Matratze, bis er keine Regungen mehr spürt.⁹ ◀
- 6 **1. Zeitraum.** In zeitlicher Hinsicht wird das menschliche Leben – als keimendes, noch ungeborenes Leben – von der Nidation bis zur Geburt von den Schwangerschaftsdelikten, anschließend – als menschliches Leben i.e.S. – von den Tötungsdelikten geschützt.¹⁰ Nach Auffassung des BVerfG kommt dem Leben des Ungeborenen verfassungsrechtlich die gleiche Wertqualität zu wie dem Leben des existierenden Menschen.¹¹
 - 7 **a) Beginn:** Als Zeitpunkt, mit dem der Lebensschutz durch die Tötungsdelikte beginnt, wurde bislang der Geburtsakt, dh das Einsetzen der sog. Eröffnungswehen angesehen,¹² im Falle des Kaiserschnitts die Öffnung des Uterus¹³. Diese Ansicht konnte sich auf den Wortlaut des Tatbestands der Kindstötung (§ 217 aF) stützen, der die Tathandlung auf das Lebensstadium „in oder gleich nach der Geburt“ bezog. Da mit der Aufhebung¹⁴ dieser Vorschrift keine Änderung der Phasen des Lebensschutzes bezweckt war, sieht sich die bislang hM aus guten Gründen nicht veranlasst, die tradierte Systematik aufzugeben.¹⁵ Vom Schutz umfasst werden soll damit auch der

6 Seit BGHSt 1, 368 in ständiger Rechtsprechung; vgl auch BGHSt 22, 375; 36, 231 (233); 50, 1 (5); allerdings in BGH NJW 2006, 1008 (1012 f) m.Bespr. Küper JZ 2006, 608 (612 f) und 1157 ff, in einem *obiter dictum* in Frage gestellt; vgl dazu *Gropp Seeboode-FS* 125 (126, 140 f); *LK-Rissing-van Saan*, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 152.

7 BGHSt 2, 258; 13, 162 (165).

8 Zur Erläuterung vgl die Beispiele in § 2 Rn 52 ff.

9 Nach BGHSt 10, 291.

10 *LK-Rosenau*, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 15 ff.

11 BVerfGE 39, 1 (37); 88, 203 (251). Zu den sich insoweit ergebenden Diskrepanzen im Schutzzumfang wie auch im Strafmaß der §§ 211 ff einerseits und §§ 218 ff andererseits vgl *NK-Neumann* Vor § 211 Rn 2; zur Annahme unterschiedlicher Rechtsgüter *M/S/M/H/M-Schroeder* I § 6 Rn. 8 ff.

12 Vgl BGHSt 32, 194 (195 f); BGH NSTZ 1983, 501; *S/S-Eser/Sternberg-Lieben* Vor § 211 Rn 13; *Fischer*, Vor §§ 211–217 Rn 5; *Gössel/Dölling* I § 2/14; *Otto* § 2/4; *S/S/W-Momsen* § 211 Rn 13; *LK-Rosenau*, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 6; vgl auch *Hirsch Eser-FS* 309 ff.

13 BGH NJW 2021, 645, 649 (auch bei Mehrlingsgeburt) m.Anm. *Grünwald*.

14 Zum 1.4.1998 durch das 6. StrRG; vgl hierzu BT-Dr. 13/8587, 34; zur Problematik der Kindstötungen vgl *Zabel HRRS* 2010, 403 ff.

15 *Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf* § 2 Rn 85; *Merkel*, Früheuthanasie, 2001, 100 ff; *HKGS-Wenkel* Vor § 211 Rn 6 f; krit. *NK-Paeffgen* § 223 Rn 4; iE auch *Küper GA* 2001, 515 (534 ff) unter Bezugnahme auf § 218 I.

Geburtsvorgang als Stadium erhöhter Gefahr für das Kind.¹⁶ Vereinzelte Stimmen möchten den Schutz später¹⁷ eingreifen lassen, ggf erst mit Vollendung der Geburt.¹⁸

In jedem Fall hängt der strafrechtliche Lebensschutz durch die Tötungsdelikte **nicht** von der **Überlebensfähigkeit** des Neugeborenen ab.¹⁹ Soweit also ein Embryo – etwa in Folge einer Abtreibungshandlung – vorzeitig ausgestoßen wird, ist er bereits dann als Mensch anzusehen, wenn er, und sei es auch nur für kurze Zeit, unabhängig von der Mutter leben kann.²⁰ In **Fall 1** hat daher E die tatbestandlichen Voraussetzungen eines Totschlags erfüllt.

b) Ende: Der Lebensschutz endet mit dem Eintritt des sog. Hirntods, dh einem irreversiblen Funktionsausfall des Gesamthirns.²¹ Das Lebensende setzt weder einen völligen Stillstand aller biologischen Lebensregungen (sog. Totaltod) noch ein Versagen der Herz- und Atmungstätigkeit (sog. Herztod) voraus.²² Der Todesbegriff kann weder nur medizinisch-naturwissenschaftlich noch rein normativ bestimmt werden, sondern bemisst sich nach der Irreversibilität (und damit nicht mehr vorhandenen Beeinflussbarkeit) des Sterbevorgangs.²³ Das Problem der Sterbehilfe stellt sich nur vor Eintritt des Hirntods.²⁴ Für Organentnahmen gilt das Transplantationsgesetz, das auch besondere Straf- und Bußgeldvorschriften vorsieht.²⁵

2. Pränatale Eingriffe. Ob Eingriffe, die bereits während der Schwangerschaft vorgenommen werden, unter den Tatbestand der Tötungsdelikte fallen, hängt vom **Zeitpunkt** ab, an dem sich eine schädigende Handlung auf den **Embryo auszuwirken beginnt**. Dagegen sind weder der Zeitpunkt der Vornahme der Handlung als solcher noch der Zeitpunkt des Todesintritts maßgeblich.²⁶ Dies ist vor allem bei fahrlässigen Handlungen bedeutsam, da die §§ 218 ff Vorsatzdelikte sind. Im Einzelnen ist wie folgt zu unterscheiden:

- **Wird während der Schwangerschaft** auf den Embryo eingewirkt, so ist nur § 218 einschlägig. Dies gilt auch dann, wenn durch den Eingriff die Fehlgeburt eines auf Dauer lebensunfähigen Kindes ausgelöst wird.²⁷ Allerdings muss dann der Tod noch durch den ursprünglichen Eingriff bedingt sein und darf nicht – wie in **Fall 1** – durch eine weitere, nachgeburtliche Handlung herbeigeführt werden.
- Findet die Einwirkung auf das Kind erst **nach Geburtsbeginn** statt, so sind die §§ 211 ff anzuwenden. Exemplarisch: Eine der Mutter vor der Geburt beigebrachte

16 BGHSt 10, 291 (292); Krey/Hellmann/Heinrich I Rn 3; W/H/E-Engländer Rn 12; Lüttger JR 1971, 133 (134).

17 Vgl NK-Neumann, Vor § 211 Rn 9: mit Beginn der Presswehen. In die entgegengesetzte Richtung geht der Vorschlag Gropps, GA 2000, 1 (17), den Lebensschutz *de lege ferenda* auf den Ablauf der 20. Woche (Beginn der extrauterinen Lebensfähigkeit) vorzuverlegen.

18 So R. Herzberg/A.I. Herzberg JZ 2001, 1106 ff; Hoven medstra 2020, 65; mit diesem Zeitpunkt, dh mit dem vollständigen Austritt aus dem Mutterleib, ist der Mensch auch im Sinne des Zivilrechts rechtsfähig, vgl Palandt/Ellenberger § 1 BGB Rn 2.

19 S/S-Eser/Sternberg-Lieben, Vor § 211 Rn 14; LK-Rosenau, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 10.

20 HM, vgl nur BGHSt 10, 291 (292); Fischer Vor §§ 211–217 Rn 5b; Geilen ZStW 103 (1991), 829 (836); krit. NK-Neumann Vor § 211 Rn 12.

21 Näher zur Entwicklung und Anwendung dieses Kriteriums NK-Neumann, Vor § 211 Rn 17 ff mwN; vgl auch § 3 II Nr. 2 TPG; Mitsch Hds IV § 1 Rn 10.

22 Näher S/S-Eser/Sternberg-Lieben, Vor § 211 Rn 19; Heyers Jura 2016, 709 (715); Kühl JA 2009, 321 (323); Merkel Jura 1999, 113 ff; S/S/W-Momsen § 211 Rn 15; Rengier II § 3/9; SK-Sinn § 212 Rn 6; krit. Tröndle Hirsch-FS 779 ff.

23 LK-Rosenau, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 18.

24 Näher hierzu § 3.

25 §§ 18 ff TPG.

26 BGHSt 31, 348 (351 ff); Küper GA 2001, 515 (518 f); NK-Neumann Vor § 211 Rn 14 mwN; krit. Gropp GA 2000, 1 ff; vgl auch SK-Sinn § 212 Rn 5.

27 BVerfG NJW 1988, 2945; BGHSt 31, 348 (352 f); OLG Karlsruhe NSTz 1985, 314 (315); Hirsch JR 1985, 336.

§ 2 Mord (§ 211)

A. Allgemeines

I. Grund

Der Tatbestand des Mordes nennt kasuistisch die Bedingungen, unter denen ein Totschlag als sozialetisch besonders verwerflich gilt.¹ Das RGStGB von 1871 hatte auf das römisch-rechtliche Kriterium der Tatausführung mit Überlegung als Mordmerkmal abgestellt, wie es bereits in der *Constitutio Criminalis Carolina* (1532) enthalten war² und bis heute in zahlreichen Rechtsordnungen maßgeblich ist (zB im Common Law Englands oder im französischen *code penal*).³ Mit der Neufassung des Tatbestands im Jahre 1941⁴ wurde dieses psychologische Mordmerkmal durch drei bis heute geltende Gruppen von Mordmerkmalen ersetzt: Zwei Gruppen orientieren sich an der **besonderen Verwerflichkeit** der Tötungsmotivation (1. und 3. Gruppe des § 211 Abs. 2 StGB). Die zweite Gruppe stellt eher auf die Verwerflichkeit ab, die in der **besonderen Gefährlichkeit** der vom Täter gewählten **Tatmodalitäten** begründet liegt (2. Gruppe des § 211 Abs. 2 StGB). Insoweit nimmt der Tatbestand die deutsch-rechtliche Entwicklungslinie auf, die den Strafschärfungsgrund in der durch Unehrllichkeit und Heimlichkeit geprägten Verwerflichkeit der Tatbegehung sah.⁵

Die **nationalsozialistische normative Tätertypenlehre**, die sich in der bis heute vorhandenen Einbeziehung des Begriffs „Mörder“ in § 211 Abs. 1 StGB und des „Totschlägers“ in § 212 Abs. 1 StGB widerspiegelt, konnte insofern im Einzelfall eine entweder strafbarkeitseinschränkende oder -ausdehnende Funktion besitzen: Wer ein Mordmerkmal des § 211 StGB erfüllte, wurde nicht zwangsläufig wegen Mordes bestraft. Vielmehr musste er zusätzlich einem besonderen kriminologischen Typus, dem im „Volksbewusstsein“ lebendigen Leitbilds des Mörders entsprechen.⁶ Umgekehrt konnten aber auch vom Wortlaut nicht erfasste Taten als Mord bestraft werden, wenn die handelnde Person dem Typ eines Mörders entsprach.⁷ Obwohl § 211 Abs. 1 StGB seit 1941 bis heute unverändert gilt, ist diese Tätertypenlehre kriminologisch überholt und wegen ihrer totalitären Wurzeln obsolet, wie man auch seit 1945 in der praktischen Rechtsanwendung keine Tätertypenprüfung und -korrektur mehr vornimmt.⁸ Der nationalsozialistische § 211 StGB enthielt noch einen **minder schweren Fall des Mordes** (statt Todesstrafe lebenslange Freiheitsstrafe), der 1953 abgeschafft wurde, da unter dem Grundgesetz und der EMRK ohnehin keine Todesstrafe mehr verhängt werden darf. Es ist aber ein bis heute **schwerwiegender Gerechtigkeitsmangel** des Gesetzes, dass § 211 StGB keinen minder schweren Fall des Mordes, dh keine strafzumessungsrechtliche Ausnahmenvorschrift für Härtefälle und sonstige einzelfallgerechte Lösungen

1 S/S-Eser/Sternberg-Lieben, Vor § 211 Rn 4; Köhler GA 1980, 121 ff; teils wird auch mehr die besondere Gefährlichkeit (Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf § 2/21), teils mehr das Missverhältnis von Zweck und Mittel (Schroeder JuS 1984, 275 [277]) betont; vgl umfassend zu den Grundlagen der erhöhten Verwerflichkeit einer Tötung Hauck HRRS 2016, 230 ff.

2 Vgl auch Art. 137 *Constitutio Criminalis Carolina* (CCC) von 1532; vgl auch Hauck HRRS 2016, 236 ff.

3 Vgl Mitsch/Giraud, ZJS 2013, 567.

4 RGBI I, 549.

5 Näher Thomas, Die Geschichte des Mordparagraphen, 1985; Überblick bei M/S/M/H/M-Hoyer I § 2 Rn/1ff; vgl zu einer möglichen Reform der Tötungsdelikte Deckers/Fischer/König/Bernsmann NSTZ 2014, 9 ff; Hauck HRRS 2016, 230 ff; Mitsch JR 2015, 122 ff; Walter NSTZ 2014, 368 ff.

6 Vgl dazu Küper JZ 1991, 910, 912.

7 Lehrreich Küper JZ 1991, 910, 912.

8 LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 119.

enthält, mag auch die Rechtsprechung über die sog. Rechtsfolgenlösung⁹ praeter legem einen Ausweg aus diesem Dilemma gefunden haben. Eine vom damaligen Bundesjustizminister Maas (SPD) angestoßene, von einer Expertenkommission¹⁰ begleitete **Reform** der Tötungsdelikte **scheiterte** 2016 sowohl an einem übergreifenden rechtspolitischen Konsens im Parlament (keine Zustimmung der Regierungspartei CDU)¹¹ als auch an den streckenweise deutlich divergierenden, uneinheitlichen Lösungsansätzen der Rechtswissenschaft, die dem Gesetzgeber offenbar keine Orientierung geben konnten.¹² So ist auf absehbare Zeit keine Reform der §§ 211, 212 zu erwarten.¹³

II. Fallgruppen

- 3 Die den Mord kennzeichnende sozialetische Verwerflichkeit eines Totschlags liegt insbesondere darin, dass der Täter zur Verfolgung seines Ziels das Leben anderer instrumentalisiert.¹⁴ Diese Verwerflichkeit wird in drei Fallgruppen konkretisiert:
- durch das **Motiv** (1. Gruppe: Mordlust, Befriedigung des Geschlechtstriebes, Habgier oder sonstige niedrige Beweggründe),
 - die gefährliche oder unmenschliche Art der **Tatausführung** (2. Gruppe: heimtückisch, grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln) und
 - die deliktische **Zielsetzung** (3. Gruppe: Ermöglichung oder Verdeckung einer Straftat).
- 4 Die Merkmale der 1. und 3. Gruppe sind täterbezogene (besondere persönliche) Unrechtsmerkmale des subjektiven Tatbestands;¹⁵ im Falle einer Beteiligung ist § 28 anzuwenden.¹⁶ Demgegenüber sind die Merkmale der 2. Gruppe tatbezogene Merkmale des objektiven Tatbestands.

III. Sanktion

- 5 Der Mordtatbestand sieht als Sanktion ausschließlich lebenslange Freiheitsstrafe vor.¹⁷ Durch diese **absolute Strafdrohung** darf jedoch das Prinzip, dass die Strafe in einem gerechten Verhältnis zur Schwere der Tat und zum Maß der Schuld stehen muss, nicht umgangen werden.¹⁸ Deshalb darf nach den Vorgaben des BVerfG auch bei der Verwirklichung von Mordmerkmalen keine unverhältnismäßig hohe und nicht mehr schuldangemessene Strafe verhängt werden.¹⁹ Besondere Schwierigkeiten werfen die Merkmale der **Heimtücke** und der Verdeckungsabsicht auf. Die sich damit stellende Aufgabe, bei der Gesetzesanwendung dem verfassungsrechtlichen Schuld- und Verhältnismäßigkeitsprinzip hinreichend Rechnung zu tragen, wird in Rechtsprechung und Schrifttum unterschiedlich gelöst:

9 Unten Rn 6.

10 Vgl den Abschlußbericht der Expertengruppe zur Reform der Tötungsdelikte (§§ 211–213, 57a StGB), abrufbar im Internet unter www.bmjv.de.

11 Der Spiegel, 21/2016, S. 22.

12 Zum vorgelegten Referentenwurf vgl NK-Neumann, Vor § 211 Rn 169–170.

13 Mitsch HdS IV § 1 Rn 2, 14.

14 Vgl auch NK-Neumann, Vor § 211 Rn 152.

15 Vgl BGHSt 1, 368 (371); 22, 375 (377); Paeffgen GA 1982, 255; abw. Köhler JuS 1984, 762 (763): Schuldmerkmale.

16 Näher hierzu unten Rn 52 ff.

17 Nunmehr relativiert durch § 57a; vgl auch BVerfGE 45, 187; 86, 288.

18 Vgl NK-Neumann § 211 Rn 1.

19 BVerfGE 45, 187 (259 ff); 54, 100 (109); Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 211 bei Mitsch JZ 2008, 336 ff.

- Die Rechtsprechung vertritt – vor allem in Ausnahmekonstellationen innerhalb des **Heimtückemordes** - eine **Rechtsfolgenlösung**, der zufolge die Strafe nach § 49 Abs. 1 Nr. 1 zu mildern ist, wenn aufgrund „außergewöhnlicher Umstände“ die Verhängung einer lebenslangen Freiheitsstrafe „als unverhältnismäßig erscheint“. ²⁰ Als solche außergewöhnlichen Umstände kommen zB in Betracht: eine notstandsnahe Tatsituation, tiefes Mitleid, große Verzweiflung, eine längere, schwere Kränkung oder auch ein vom Opfer zu verantwortender Konflikt. ²¹ Diese Lösung wird jedoch im Schrifttum zu Recht unter Berufung auf die Verfassung weitgehend abgelehnt, da sie im Gesetz keine Grundlage finde. ²² Sie ist aber auch von ihrem eigenen Ansatz her problematisch, da eine Milderung der lebenslangen Freiheitsstrafe nach § 49 Abs. 1 Nr. 1 zu einer Mindeststrafandrohung von drei Jahren führt, die – unter Umgehung von § 213 – deutlich unter derjenigen des Totschlags nach § 212 (fünf Jahre) liegt. Außerdem ist der Rückgriff auf „außergewöhnliche Umstände“ vage. Ungeklärt bleibt auch, warum die Strafmilderung nur sehr eng begrenzt bei der Heimtücke, nicht aber bei anderen Mordmerkmalen zum Zuge kommen darf. ²³
- In der Literatur wird teils eine **Typenkorrektur** befürwortet, die eine Verurteilung nur zulassen will, wenn die Tatbestandsverwirklichung unter Berücksichtigung aller Umstände als sozialetisch besonders verwerflich erscheint. Eine Variante dieser Lehre verlangt den positiven Nachweis besonderer Verwerflichkeit (sog. positive Typenkorrektur); ²⁴ überwiegend wird jedoch nur gefordert, dass § 211 nicht eingreift, wenn aufgrund besonderer Umstände die Verwerflichkeit der Tat trotz eines verwirklichten Mordmerkmals zu verneinen ist (sog. negative Typenkorrektur). ²⁵ Nach beiden Auffassungen kommt den Mordmerkmalen also nur eine indizielle Bedeutung zu. Eine solche Lösung ist jedoch kaum mit dem Prinzip der Tatbestandsbestimmtheit zu vereinbaren, da sie an die Stelle regelgebundenen Entscheidens einen moralischen Wertungsakt des Richters setzt. ²⁶
- Als überzeugender Ausweg aus der momentanen Gesetzeslage bleibt – bis zu einer Reform der Tötungsdelikte – letztlich nur die von der hL befürwortete möglichst **restriktive Auslegung** der einzelnen Mordmerkmale ²⁷ in strenger Ausrichtung an den Leitprinzipien besonderer Verwerflichkeit.

IV. Unterlassen

Der Mordtatbestand kann grds. auch durch Unterlassen verwirklicht werden, sofern beide zentralen Voraussetzungen des § 13 – rechtliche Einstandspflicht und Entspre-

20 BGHSt 30, 105; BGH JZ 1983, 967 m.Anm. *Hassemer*; *Reichenbach* Jura 2009, 176 ff; offen haltend, ob diese Lösung auch für andere Merkmale als das der Heimtücke gilt BGH NSTZ 2016, 469 (470) m.Anm. *Hinz* JR 2016, 576 ff.

21 Vgl BGH NSTZ 1995, 231; verneinend bei *Habgier* BGH NJW 1997, 807.

22 *Günther* NJW 1982, 353; *Hirsch* Tröndle-FS 19 (28 f); *Küper* JuS 2000, 740 (746); *Mitsch* JuS 1996, 121 f; *Müller-Dietz* Nishihara-FS 248 (254 ff); zust. *Frommel* StV 1982, 533; *Rengier* NSTZ 1982, 225 (226 f); *MK-Schneider* § 211 Rn 44 ff; *Weigend* Hirsch-FS 917 (920).

23 *BeckOK-Eschelbach* § 211 Rn 121.

24 *Lange* Schröder-GS 217 (218 ff).

25 *S/S-Eser/Sternberg-Lieben* § 211 Rn 10; *Geilen* JR 1980, 309; *Saliger* ZStW 109 (1997), 302 (332 ff); *SK-Sinn* § 211 Rn 6 ff, jew. mwN.

26 *NK-Neumann*, Vor § 211 Rn 160. Zur Kritik vgl auch *Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf* § 2 Rn 15; *LK-Rissing-van Saan*, 12. Aufl., Vor § 211 Rn 125 ff; abl. auch BGHSt 30, 105 (115); 41, 358 (361).

27 *W/H/E-Engländer* Rn 38; *Müller-Dietz* Nishihara-FS 248 (251); *NK-Neumann* § 211 Rn 1; *SK-Sinn* § 211 Rn 8; umf. Nachweise zur Heimtücke bei *Küper/Zopfs* 194 ff; vgl *Krey/Hellmann/Heinrich* I Rn 70 ff m. einer ausführlichen Darstellung.

chung von Tun und Unterlassen – erfüllt sind.²⁸ Dies kann etwa bei den niedrigen Beweggründen und der Grausamkeit, nicht aber bei der Heimtücke der Fall sein, da es bei ihr an der Modalitätenäquivalenz fehlt.²⁹

B. Definitionen und Erläuterungen

I. Mordmerkmale der 1. Gruppe

1. Mordlust

► **FALL 1:** A hielt sich abends in einer fast menschenleeren Bahnhofshalle auf. Er erinnerte sich an einen Zeitschriftenartikel, in dem über die Tötung einer alten Frau durch zwei Jugendliche berichtet worden war. In diesem Augenblick ging die 21-jährige W an ihm vorbei zur Toilette. Als er W sah, entschloss er sich, sie zu töten. Hierbei ließ er sich ausschließlich von dem Willen leiten, einen Menschen vom Leben zum Tode zu befördern. Er wartete einen Augenblick und ging dann ebenfalls die Treppe zur Toilette hinunter. In der Damentoilette packte er die am Waschbecken stehende W mit beiden Händen fest am Hals, um sie zu erwürgen. Der W gelang es jedoch, den Angriff abzuwehren und zu entkommen.³⁰ ◀

- 10 ■ Aus **Mordlust** tötet, wem es in erster Linie darauf ankommt, einen Menschen sterben zu sehen.³¹
- 11 Typisch ist ein Handeln aus Freude an der Vernichtung eines Menschenlebens,³² Langeweile, Angereiztheit oder Mutwillen, vor allem aber ohne einen (in der Person des Opfers oder der Situation liegenden) Tatanlass.³³ Beispielhaft ist die Situation in **Fall 1**, in der A ohne irgendeinen in der Person des Opfers liegenden Grund nur um des Tötens willen versuchte, die W zu erwürgen. Hieran zeigt sich die für Mordlust typische, vom individuellen Opfer losgelöste Missachtung fremden Lebens.

2. Befriedigung des Geschlechtstriebes

► **FALL 2:** Angeregt durch einen Film, fasste B den Plan, an einsamer Stelle ein Mädchen „still“ zu machen und mit der Bewusstlosen dann geschlechtlich zu verkehren. Er steckte ein Beil ein, schlug im Dunkeln eine radfahrende Frau nieder, schleppte die Bewusstlose beiseite, tötete sie mit weiteren kräftigen Beilschlägen und befriedigte sich sodann an der Leiche.³⁴ ◀

- 12 ■ Zur **Befriedigung des Geschlechtstriebes** tötet, wer sich durch den Tötungsakt als solchen oder an der Leiche sexuelle Befriedigung verschaffen will oder mit dem Tod des Opfers bei einer Vergewaltigung rechnet.³⁵
- 13 Die Verwerflichkeit dieser Mordart liegt darin, dass das Leben eines Menschen der Befriedigung des Sexualtriebs untergeordnet wird und auch eine besondere Gefährlich-

28 BGHSt 19, 167; *S/S-Eser/Sternberg-Lieben* § 211 Rn 3; einschr. *Arzt Roxin-FS* I 855 ff; ausf. zur Problematik *Rauber, Mord durch Unterlassen?*, 2008.

29 *SK-Sinn* § 211 Rn 51.

30 BGHSt 34, 59.

31 BGHSt 34, 59 (61); BGH NJW 2002, 382 (384); *Otto* § 4/5.

32 BGHSt 34, 59; BGH NJW 1953, 1440; BGH NStZ 2008, 94.

33 Vgl BGH NStZ 1994, 239; *Otto* § 4/5; zu weitgehend BGHSt 47, 128 (133), der bereits das bloße Fehlen eines Motivs ausreichen lässt; ausf. *Kühl JA* 2009, 566 f.

34 BGHSt 7, 353.

35 BGHSt 7, 353; 19, 101 (105); BGH NJW 1982, 2565; *Kühl JA* 2009, 566 (568).

keit des Täters zum Ausdruck kommt. Die Norm ist verfassungskonform.³⁶ – Von dieser Tatvariante werden neben dem eigentlichen Lustmord und sexuell motivierten Kannibalismus³⁷ auch – wie in **Fall 2** – der sexuelle Missbrauch der Leiche und die Vergewaltigung mit bedingtem Tötungsvorsatz umfasst. Nach der Rechtsprechung reicht es aus, wenn der Täter erst bei der späteren Betrachtung des Videos vom Tötungsakt und Umgang mit der Leiche Befriedigung finden will; in diesem Fall sei auch ein unmittelbarer zeitlich-räumlicher Zusammenhang zwischen der Tötung und der bezweckten Triebbefriedigung nicht erforderlich.³⁸

Die Person, auf die sich das sexuelle Begehren bezieht, muss mit dem Tötungsopfer identisch sein.³⁹ Ob der Täter die angestrebte sexuelle Befriedigung erreicht, spielt keine Rolle. Jedoch ist es keine Tötung zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, wenn das Handeln nur der Erregung sexueller Lust dient oder der Wut über die Verweigerung des Geschlechtsverkehrs entspringt.⁴⁰ In diesen Fällen kann aber ein „sonstiger niedriger Beweggrund“ gegeben sein. Gleichermäßen nicht einschlägig ist die Tötung des Opfers, um so die sexuelle Nötigung eines Dritten zu ermöglichen. Hier kann eine Ermöglichungsabsicht im Sinne der 3. Fallgruppe vorliegen.

3. Habgier

► **FALL 3:** C, der dringend Bargeld benötigt, beobachtet, wie die Rentnerin R an einem Bankautomaten 100 Euro abhebt. Um an das Geld zu kommen, verfolgt er sie und schlägt sie in einem Park mit einem herumliegenden Knüppel nieder. Hierbei geht er zutreffend davon aus, dass sich R tödliche Verletzungen zuziehen werde. ◀

■ Unter **Habgier** ist ein rücksichtsloses Streben nach materiellen Gütern zu verstehen, also ein Gewinnstreben „um jeden Preis“.⁴¹

Dem Täter muss es in erster Linie um die Erlangung eines wirtschaftlichen Vorteils gehen, wobei zumindest die Aussicht auf diesen Gewinn unmittelbar durch den Tod begründet werden muss.⁴² Exemplarisch: der sog. Raubmord⁴³ (**Fall 3**), die Tötung gegen Entgelt⁴⁴ oder um der Erlangung einer Lebensversicherung oder Erbschaft willen.⁴⁵ Darunter soll es sogar fallen, wenn der Täter deshalb einen anderen umbringen möchte, um mit der verhängten Freiheitsstrafe eine Unterkunft und Verpflegung in einem Gefängnis zu erhalten.⁴⁶ Eine hemmungslose Eigensucht in diesem Sinne kann auch bei Taten im Affekt gegeben sein.⁴⁷ Der Gewinn braucht – wie in **Fall 3** – nicht

14

15

36 BVerfG NJW 2009, 1061.

37 BGH JR 2018, 585 m. krit. Bespr. *Hinz*; BGH NJW 2019, 449 m. abl. Bespr. *Kudlich*.

38 BGHSt 50, 80 ff. m. krit. Anm. *Otto* JZ 2005, 799 f.; abl. *Kreuzer* MschrKrim 2005, 412 (422 f.); *Schiemann* NJW 2005, 2350 ff.

39 BGH GA 1963, 84; *Mitsch* JuS 1996, 121 (123); *Otto* § 4/10; *Rengier* II § 4/23; *M/R-Safferling* Rn 13; aA *M/S/M/H/M-Hoyer* I § 2/32.

40 *S/S-Eser/Sternberg-Lieben* § 211 Rn 16; *LK-Rissing-van Saan/Zimmermann*, 12. Aufl., § 211 Rn 15; *NK-Neumann* § 211 Rn 11.

41 BGHSt 10, 399; 29, 317 (318); BGH NStZ 1993, 385; NJW 1995, 2365 (2366); 2001, 763; näher *Köhne* Jura 2008, 805 ff.; *Kühl* JA 2009, 566 (570 ff).

42 BGH NJW 1993, 1664; 2001, 763.

43 BGHSt 39, 159 (160).

44 BGH NJW 1993, 1664 (1665); NStZ 2006, 34 (35).

45 BGHSt 42, 301 (303 f.); zur Problematik des sog. Motivbündels vgl. BGHSt 50, 1 (7 f.) m. Anm. *Jäger* JR 2005, 477 und krit. Bespr. *Kraatz* Jura 2006, 613 (614); BGH NStZ 2005, 332 (333 f.); 2006, 288 (289); *NK-Neumann* § 211 Rn 13.

46 BGH NStZ 2020, 733 m. krit. Anm. *Mitsch*; *Jäger* JA 2021, 167.

47 BGHSt 3, 132.

beträchtlich zu sein.⁴⁸ Er kann auch in der Ersparung von Aufwendungen, etwa der Befreiung von einer Unterhaltungspflicht,⁴⁹ liegen. Ohne Belang ist zudem, ob der Täter einen Anspruch auf die Leistung hat.⁵⁰ Das Vorliegen einer notstandsähnlichen wirtschaftlichen Notlage kann der Annahme von Habgier entgegenstehen.⁵¹ Auch kommt es einem drogenabhängigen Täter nicht in der erforderlichen Weise gerade auf den wirtschaftlichen Wert der Beute an, wenn er in den Besitz einer Rauschgift dosis zum Eigenkonsum gelangen will.⁵²

4. Sonstige niedrige Beweggründe

► **FALL 4:** D wird steckbrieflich wegen eines von ihm begangenen Verbrechens gesucht. Um sich eine neue Identität zu verschaffen, tötet er den alleinlebenden und ihm sehr ähnlich sehenden O, um sich dessen Papiere anzueignen. ◀

- 16 ■ **Sonstige niedrige Beweggründe** sind Motive, die als besonders verwerflich erscheinen.
- 17 Nach der weithin anerkannten Formulierung des BGH sind dies Motive, die nach allgemeiner sittlicher Wertung auf tiefster Stufe stehen, durch hemmungslose, triebhafte Eigensucht bestimmt und deshalb besonders verwerflich, ja verächtlich sind.⁵³
- 18 Erforderlich ist eine **Gesamtwürdigung** aller äußeren und inneren für die Handlungsantriebe des Täters maßgeblichen Faktoren;⁵⁴ für die Bewertung sind u.a. die Umstände der Tat, die Lebensverhältnisse des Täters und vor allem das Missverhältnis zwischen Tatanlass und -zweck maßgeblich.⁵⁵ Im Wesentlichen lassen sich die niedrigen Beweggründe in zwei Gruppen unterteilen⁵⁶:
- 19 ■ Auf der einen Seite stehen die Konstellationen, in denen die Tat **nicht mehr als verständliche Reaktion** auf die Situation erscheint.⁵⁷ Dies gilt vor allem für Motive wie Neid, Rache oder Wut, die dann als niedrige Motive anzusehen sind, wenn die konkreten Lebensumstände keinen begrifflichen Anlass zur Tat bieten.⁵⁸ Ein niedriger Beweggrund kann auch bei einem besonders brutalen Tatbild vorliegen, wenn der Täter das Opfer in einer menschenverachtenden Weise tötet, bei der das Opfer nicht mehr ansatzweise als Person, sondern nur noch wie ein beliebiges Objekt behandelt wird.⁵⁹ Eifersucht ist verwerflich, wenn der Täter das Opfer tötet,

48 BGHSt 29, 317 (318); *S/S-Eser/Sternberg-Lieben* § 211 Rn 17; *Gössel/Dölling I* § 4/45.

49 BGHSt 10, 399; 50, 1 (10); NK-Neumann § 211 Rn 21f; MK-Schneider § 211 Rn 66; abl. Mitsch HdS IV § 1 Rn 22; SK-Sinn § 211 Rn 19.

50 *S/S-Eser/Sternberg-Lieben* § 211 Rn 17; LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 19; aA Arzt/Weber/Heinrich/Hilgendorf § 2/60; Mitsch JuS 1996, 121 (124).

51 Vgl NK-Neumann § 211 Rn 17; M/S/M/H/M-Hoyer I § 2/33.

52 Alwart JR 1981, 293 ff; NK-Neumann § 211 Rn 17; Paeffgen GA 1982, 255 (264f); aA BGHSt 29, 317 (318 f); LK-Rissing-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 20.

53 BGHSt 3, 132 f; BGH NSTZ-RR 2006, 140; NSTZ 2008, 273 (275); NSTZ 2013, 337 (338); Fischer § 211 Rn 14a; W/H/E-Engländer Rn 49; krit. Köhne Jura 2008, 805 (808 f); ausf. zur Kasuistik Kühl JuS 2010, 1041 f.

54 BGH NSTZ 2003, 146 (147); NSTZ-RR 2006, 340 (341); 2007, 111 m.Bespr. Heintschel-Heinegg JA 2007, 386 ff.

55 BGHSt 35, 116 (127); BGH NJW 2002, 382 (383); Altwater NSTZ 2006, 86 (89 f).

56 Vgl auch zu den Fallgruppen M/R-Safferling § 211 Rn 27.

57 NK-Neumann § 211 Rn 27 f; Rengier II § 4/31; SK-Sinn § 211 Rn 12, 20; zum Verschulden der Situation durch den Täter BGHSt 28, 210 (212); zum Merkmal der Rache instruktiv BGHSt 56, 11 (19 f).

58 Vgl BGHSt 2, 60 (63); 3, 180 (182 f); BGH NSTZ 2006, 97 f; NJW 2006, 1008 (1011) m. zust. Bespr. Küper JZ 2006, 608 (610 f); JuS 2012, 562 (565); zum Abreagieren frustrationsbedingter Aggressionen an einem unbeteiligten Opfer BGHSt 47, 128 (132).

59 BGHSt 60, 52 (55 f) m. Anm. Drees NSTZ 2015, 35 f; Grünwald HRRS 2015, 162 ff; krit. Bartsch StV 2015, 718 ff.

weil er es keinem anderen gönnt, während ein Handeln aus Verzweiflung nicht aus einem niedrigen Beweggrund erfolgt.⁶⁰ Verwerfliche Motive sind ferner Ausländerfeindlichkeit⁶¹ und Rassenhass.⁶² Ursprünglich wurden Wertvorstellungen, die durch andere Kulturen geprägt sind, von der Rechtsprechung eher als entlastend berücksichtigt.⁶³ Nunmehr dienen die Anschauungen und Wertvorstellungen der Bundesrepublik in der Rechtsprechung als Maßstab für die Annahme niedriger Beweggründe, es sei denn, der Täter kannte diese Wertvorstellungen nicht oder konnte sie aus überzeugenden Gründen nicht nachvollziehen.⁶⁴

- Zur zweiten Gruppe gehören die Fälle, in denen der Täter aus **krasser Eigensucht** gerade die Tötung des Opfers zur Erreichung seiner Ziele einsetzt, also das Leben anderer rücksichtslos **instrumentalisiert**.⁶⁵ Exemplarisch sind die Tötung des einem Liebesverhältnis entgegenstehenden Ehegatten⁶⁶ oder – wie in **Fall 4** – die Tötung eines Unbekannten zur Identitätstäuschung.⁶⁷ In Betracht kommt ferner eine Tötung aus Imponiergehabe⁶⁸ oder zur Verdeckung einer Handlung, die der Täter zwar nicht für strafbar, wohl aber für ehrenrührig hält.⁶⁹ Politisch motivierte Tötungen, die im vermeintlichen Allgemeininteresse erfolgen, sind regelmäßig mangels der für den niedrigen Beweggrund typischen Eigensucht nicht einschlägig.⁷⁰ Spezielle Mordmerkmale der 1. Gruppe verdrängen die niedrigen Beweggründe, sofern ihnen kein weiterer Unrechtsgehalt zukommt.⁷¹

5. Deliktssystematische Einordnung. Die verwerflichen Motive der ersten Gruppe sind **subjektive Unrechtsmerkmale**. Dem Täter müssen die äußeren Umstände bekannt und die Ziele bewusst sein, die sein Tötungsmotiv als besonders verwerflich erscheinen lassen.⁷² Ob der Täter seine Motive selbst für niedrig hält, spielt dagegen keine Rolle.⁷³ Beim Handeln aus Mordlust ist hinsichtlich des Todes direkter Vorsatz erforderlich, da es dem Täter auf den Lustgewinn durch die Tötung ankommen muss.⁷⁴ Auf die in der Praxis bedeutsame schuldrelevante Frage, ob der Täter hinsichtlich seiner Motive als steuerungsfähig angesehen werden kann,⁷⁵ ist im studentischen Gutachten regelmäßig nicht einzugehen.

60 BGH NStZ 2002, 368; NStZ-RR 2006, 340 (342); BGH JuS 2019, 266 m.Bespr. Hecker; Jäger JA 2019, 70; BGH NStZ 2019, 204; *Altwater* NStZ 2002, 20 (22 f); *Schütz* JA 2007, 23 ff.

61 BGH NStZ 1994, 124 (125); NJW 2000, 1583 (1584).

62 BGHSt 18, 37 (38 f); BGH NJW 1994, 395.

63 BGH JZ 1980, 238 m.Anm. Köhler; BGH StV 1997, 565 (566): Blutrache bei gekränkter Familienehre.

64 Vgl BGH NStZ 2002, 369 f; NStZ-RR 2004, 361 (362); NJW 2006, 1008 (1011) m.Bespr. Küper JZ 2006, 608 (610); BGH NStZ 2019, 206; *Grünwald* NStZ 2010, 1 ff; *S/S/W-Momsen* § 211 Rn 31; *Valerius* JZ 2008, 912 ff; *ders.* JA 2010, 481 ff; rechtsvergleichend *Kudlich/Tepe* GA 2008, 92 (94); umf. *Schorn*, Mord aus niedrigen Beweggründen bei fremden soziokulturellen Wertvorstellungen.

65 *Heine*, Tötung aus „niedrigen Beweggründen“, 1988, 220 ff; NK-Neumann § 211 Rn 29.

66 BGHSt 3, 132 ff; BGH NJW 1955, 1727; JZ 1987, 474.

67 BGH NStZ 1985, 454.

68 BGH NStZ 1999, 129 f.

69 Vgl BGH NStZ 1997, 81; krit. zur Ausdehnung des niedrigen Beweggrunds auf „verdeckungsnaher Motive“ durch die Rechtsprechung (zB BGHSt 35, 116 [121 f]; BGH NJW 1992, 919 [920]) NK-Neumann § 211 Rn 37.

70 Vgl BGH NStZ 1993, 341 (342); *S/S-Eser/Sternberg-Lieben* § 211 Rn 20; aA *LK-Rissing-van Saan*, 12. Aufl., § 211 Rn 66; *Otto* § 4/16; diff. *Engländer* Merkel-FS 983 (992); *S/S/W-Momsen* § 211 Rn 30; zusammenfassend *Selle* NJW 2000, 992.

71 BGH NStZ-RR 2018, 76 m Bespr. *Bosch* Jura 2018, 533.

72 BGH NJW 2002, 382 (383); NStZ-RR 2006, 340 (341); NStZ 2012, 691 (692); krit. *SK-Sinn* § 211 Rn 28.

73 BGH NJW 1994, 2629 (2630); NStZ 2001, 87; JuS 2012, 562 (565).

74 BGH bei *Dallinger* MDR 1974, 546 (547); BGH NJW 2002, 382 (384); *SK-Sinn* § 211 Rn 13.

75 Vgl BGHSt 35, 116 (121); BGH NJW 2002, 382 (383 f); NStZ-RR 2006, 234 f.

- 22 Das Mordmerkmal muss nicht das einzige Motiv der Tötung sein; es muss jedoch vorherrschen und die Tat prägen.⁷⁶

II. Mordmerkmale der 2. Gruppe

1. Heimtückisch

► **FALL 5:** A ergriff während eines nächtlichen Streits mit seiner Ehefrau E, in dessen Verlauf er ihr eine Ohrfeige gegeben und sie mit einem Griff an ihren Hals zurückgestoßen hatte, ein auf einem Stuhl in der Wohnküche liegendes Handtuch und warf es blitzschnell der rückwärts in das Schlafzimmer ausweichenden Frau in der Absicht, sie zu töten, über den Kopf und um den Hals, verknotete es und zog es fest zusammen. Dann warf er die E auf ihr Bett. Sie starb sogleich infolge der Strangulation.⁷⁷ ◀

► **FALL 6:** Im Rahmen eines Streitgesprächs trat T von hinten an seine Bekannte B heran und nahm sie mit seinem rechten Unterarm in einen Halswürgegriff. B erlitt hierdurch leichtere Verletzungen der inneren Halsorgane. Mit dem linken Arm ergriff er mit (erst jetzt sicher nachweisbarem) Tötungsvorsatz ein Küchenmesser und versetzte ihr zwei Stiche in den Bauchbereich, die die Leber kreuzförmig durchstachen. Danach löste er den Unterarmgriff und versetzte ihr eine Vielzahl weiterer Stiche in Rücken und Bauch. B starb in wenigen Minuten infolge des Blutverlustes.⁷⁸ ◀

- 23 ■ **Heimtückisch** tötet, wer die objektiv gegebene Arg- und Wehlosigkeit des Opfers in feindseliger Willensrichtung bewusst zur Tötung ausnutzt.⁷⁹
- 24 a) **Merkmale:** Die Heimtücke ist ein praktisch wichtiges, schwieriges und wissenschaftlich umstrittenes Mordmerkmal.⁸⁰ Die eben genannte Definition stellt richtigerweise auf die Gefährlichkeit einer heimtückischen Vorgehensweise für das in seinen **Abwehr- und Selbstschutzmöglichkeiten eingeschränkte Opfer** ab.⁸¹ Das Opfer wird durch die Vorgehensweise des Täters quasi außer Stand gesetzt, seine natürlichen Selbstverteidigungsrechte, vor allem sein Notwehrrecht, ausüben zu können.⁸² Im Einzelnen gilt:
- 25 ■ Das Opfer ist **arglos**, wenn es in der Tatsituation (vor der ersten Handlung des Täters) keinen Angriff auf Leib und Leben befürchtet.⁸³ Hierfür ist nicht erforderlich, dass das Opfer bewusst davon ausgeht, vor dem Täter sicher zu sein.⁸⁴ Auch vorherige verbale und ggf auch tätliche Auseinandersetzungen stehen einer Arglosigkeit nicht entgegen, wenn das Opfer – etwa aufgrund einer zeitlichen Zäsur – mit keinem (weiteren) Angriff auf seine körperliche Integrität rechnet.⁸⁵ Hier ist,

76 BGHSt 42, 301 (304); BGH NStZ 1997, 81; NJW 2001, 763; NStZ-RR 2004, 14 (15).

77 Nach BGHSt 20, 301.

78 Nach BGH NStZ 2006, 502.

79 HM, vgl BGHSt 2, 60 (61); 41, 72 (78 f); 50, 16 (28); BGH NStZ 2008, 273 (274); NStZ-RR 2015, 12; Überblick bei *Altwater* NStZ 2002, 20 (22 f); *Kaspar* JA 2007, 699 ff; *Küper/Zopfs*, Rn 323; *L-Kühl* § 211 Rn 6.

80 *Hecker*, JuS 2018, 721.

81 BGHSt 11, 139 (143 f); 30, 105 (116); 39, 353 (368); 41, 72 (78 f); *LK-Rissing-van Saan*, 12. Aufl., § 211 Rn 93 ff; *Rengier* II § 4/49; *M/S/M/H/M-Hoyer* I § 2/43; krit. *NK-Neumann* § 211 Rn 48.

82 *Küper/Zopfs*, BT, Rn 329: Unterlaufen des psycho-physischen ‚Abwehrmechanismus‘, der ansonsten beim argwöhnisch-misstrauischen Opfer regelmäßig einsetzt.

83 Vgl BGHSt 27, 322 (324); 41, 72 (79); BGH NJW 2006, 1008 (1010) m. zust. Anm. *Küper* JZ 2006, 608 (609 f); 2008, 273 (274); *StV* 2012, 84 (85); 2015, 285f; Überblick bei *Köhne* Jura 2009, 749 ff.

84 *Dreher* MDR 1970, 248; *Küper* JuS 2000, 740 (745); *SK-Sinn* § 211 Rn 40.

85 BGHSt 20, 301 (302); 39, 353 (368 f); BGH NStZ-RR 2006, 235 (236); JuS 2012, 562 (564 f); BGH NStZ-RR 2018, 45; zur Konfrontation zwischen Polizisten und einer aggressiv gestimmten Menschenmenge BGHSt 41, 72 (79).

ebenso wie in Fällen, in denen der Täter das Opfer warnt, der entscheidende Punkt, ob wegen der Kürze der Zeit zwischen dem Erkennen der Gefahr und dem Angriff noch Zeit zu einer Verteidigungsreaktion bleibt.⁸⁶ Kann das Opfer zu Beginn des Angriffs nichts entgegensetzen, so ist Heimtücke auch dann anzunehmen, wenn das Opfer im weiteren Verlauf des Kampfgeschehens Abwehrmaßnahmen zu entfalten vermag.⁸⁷ Eine auf früheren Aggressionen und auf einer feindlichen Atmosphäre beruhende latente Angst des Opfers vermag dessen Arglosigkeit nicht zu beseitigen.⁸⁸ Die Tötung von Insassen in den Gaskammern der nationalsozialistischen Konzentrationslager stellt einen Heimtückemord dar.⁸⁹

- Keine Heimtücke ist es jedoch, wenn der durch verdächtige Geräusche geweckte Hausbewohner unvermutet auf einen bewaffneten Einbrecher trifft und von diesem getötet wird.⁹⁰ Ferner fehlt es an der Arglosigkeit, wenn das Opfer wegen seines vorherigen Messerangriffs oder erpresserischen Angriffs mit Gegenwehr des sich in einer Notwehrlage befindlichen Täters rechnen muss⁹¹ oder wenn das Opfer von der Tat nicht überrascht wird, da die Ausführung der Tat gerade von seinem Verhalten abhängt.⁹² **Schlafende** können arglos sein, da sie ihre Arglosigkeit mit in den Schlaf nehmen.⁹³ Ein **Bewusstloser** dagegen, der den Eintritt seines Zustands nicht abwenden kann, kann auch nicht in seiner Erwartung, ihm werde nichts geschehen, getäuscht werden.⁹⁴ Keine tauglichen Opfer sind ferner Personen, die konstitutionell kein Misstrauen (mehr) entwickeln können. Dies gilt etwa für ihre Umwelt nicht mehr wahrnehmende **Schwerkranke**⁹⁵ und **Kleinkinder**,⁹⁶ denen erst ab etwa drei Jahren die Fähigkeit zum Argwohn zugeschrieben wird.⁹⁷ In diesen Fällen kommt jedoch Heimtücke bei arglistiger Ausschaltung von schutzbereiten Hilfspersonen in Betracht.⁹⁸ Abzulehnen ist die von der Rechtsprechung (ausnahmsweise) bejahte Möglichkeit, heimtückisches Vorgehen anzunehmen, wenn der Täter einem Kleinstkind Gift in süßem Brei o.Ä. verabreicht.⁹⁹ Die hier ausgeschalteten „natürlichen Abwehrinstinkte“ betreffen jedenfalls keinen lebensgefährdenden Angriff.

26

86 BGH NStZ-RR 2016, 43 mit Bespr. Hecker, JuS 2017, 364; NStZ-RR 1997, 168; vgl auch BGH NStZ 2006, 96 f; 2006, 97 (98); 2008, 510 (511); *Altwater* NStZ 2005, 22 (24); 2006, 86 (88 f).

87 BGH NStZ 2016, 405.

88 BGH NStZ 2009, 501 (502) m.Bespr. Hecker JuS 2009, 79 ff; BGH NStZ 2010, 450; BGH NStZ 2018, 97 m.Bespr. Hecker JuS 2018, 721; *Heghmanns* ZIS 2018, 376.

89 Vgl BGHSt 61, 252 m.Bespr. *Brüning* ZJS 2018, 285; *Grünwald* NJW 2017, 500; *Heinrich* Jura 2017, 1367.

90 BGH NStZ 2004, 495 f; *Altwater*, NStZ 2005, 22 (24).

91 BGHSt 48, 207 (209 ff) m. zust. Anm. *Roxin* JZ 2003, 966 und *Widmaier* NJW 2003, 2788 (2790 f) sowie m. krit. Anm. *Schneider* NStZ 2003, 428 ff; krit. auch *Haverkamp* GA 2006, 586 (591 f); *Küper* GA 2006, 310 (311 ff); *Quentin* NStZ 2005, 128 ff.

92 BGH NStZ 2008, 273 (275): Keine Rückzahlung von Schulden im Drogenmilieu; ebenso entfällt Arglosigkeit, wenn sich das Opfer nur über die Intensität des Angriffs irrt: BGH NStZ-RR 2011, 10.

93 BGHSt 8, 216 (218); BGH NStZ 2003, 482 („Haustyrannen-Fall“); 2006, 338 (339); *LK-Rissing-van Saan*, 12. Aufl., § 211 Rn 106; diff. *Haverkamp* GA 2006, 586 (587 ff); aA *Kretschmer* Jura 2009, 590 (591 f); *Küper* JuS 2000, 740 (745); zur Problematik auch *Rotsch* JuS 2005, 12 (13).

94 BGHSt 23, 119; 32, 382 (386); BGH NStZ 1997, 490 (491); StV 1998, 545; aA *Kutzer* NStZ 1994, 110 f; *NK-Neumann* § 211 Rn 57; krit. *Otto* Jura 1994, 141 (149).

95 BGH NStZ 1997, 490; 2008, 93 (94) m.Bespr. *Bosch* JA 2008, 389 ff; StV 1998, 545; *W/H/E-Engländer* Rn 63.

96 BGHSt 3, 330 (332); 18, 37 (38); 32, 382 (387); BGH NStZ 2006, 338 (339); 2013, 158 f.; *Mitsch* Jura 2017, 800.

97 Vgl BGH NJW 1978, 709; NStZ 1995, 230; NStZ-RR 2020, 313 m.Bespr. Hecker JuS 2021, 183.

98 BGHSt 3, 330 (332); BGH NStZ 2008, 93 (94) m.Bespr. *Bosch* JA 2008, 389 ff; BGH StV 2009, 524 (525) m.Anm. *Neumann*; *Krey/Hellmann/Heinrich* I Rn 57; NStZ 2013, 158 f m.Anm. *Theile* ZJS 2013, 307 ff; krit. *Mitsch* JuS 2013, 783 ff.

99 BGHSt 8, 216; BGH bei *Dallinger* MDR 1973, 901; abl. *Kaspar/Broichmann* ZJS 2013, 346 (348); *NK-Neumann* § 211 Rn 58; *Rengier* MDR 1980, 1 (5 f) mwN.

- 27 ■ Das Opfer ist **wehrlos**, wenn es aufgrund seiner Arglosigkeit in seiner Verteidigungsfähigkeit zumindest erheblich eingeschränkt ist.¹⁰⁰ Die Wehrlosigkeit kann ggf durch die Möglichkeit, zu fliehen oder Hilfe herbeizurufen, ausgeschlossen sein.¹⁰¹
- 28 ■ Nach dem Gesetz stellt die Tötung eines wehrlosen Opfers als solches noch keine Heimtücke dar. Die Wehrlosigkeit des Opfers muss vielmehr auf seiner Arglosigkeit beruhen.¹⁰² An diesem **Kausalzusammenhang** fehlt es etwa, wenn sich das Opfer auch bei rechtzeitigem Erkennen des Angriffs (zB wegen Lähmung) nicht hätte verteidigen können.
- 29 ■ Maßgeblicher **Zeitpunkt** für die Arg- und Wehrlosigkeit ist der Beginn des Tötungsversuchs.¹⁰³ Für Heimtücke reicht es aber aus, wenn die Tat von langer Hand geplant war und der Täter die Arglosigkeit des Opfers schon im Vorbereitungsstadium ausgenutzt hat, um es – zB durch Locken in eine Falle – wehrlos zu machen.¹⁰⁴
- 30 ■ Der Täter **nutzt** die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers **aus**, wenn er sein Vorgehen danach berechnend ausrichtet.¹⁰⁵ Heimliches Vorgehen ist – bei Überraschungsangriffen – nicht erforderlich.¹⁰⁶ Auch braucht die schutzlose Lage nicht vom Täter herbeigeführt worden zu sein.¹⁰⁷ Ausreichend ist ferner, dass der Täter den die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers begründenden Zustand lediglich für möglich hält, denn schon in der Vornahme der konkreten Tötungshandlung in der erkannten Situation kann ein Ausnutzen liegen.¹⁰⁸ Die Spontaneität des Tatentschlusses bzw. ein psychischer Ausnahmezustand des Täters können gegen ein Ausnutzungsbewußtsein sprechen.¹⁰⁹
- 31 ■ Mit dem Kriterium der **feindseligen Willensrichtung** sollen vor allem bereits auf der Tatbestandsebene solche Ausnahmefälle ausgeschlossen werden, bei denen der Täter zum vermeintlich Besten des Opfers handelt.¹¹⁰ Exemplarisch: Der Täter will einem Todkranken schwere Schmerzen ersparen.¹¹¹ Diese Ausnahme greift jedoch nicht, wenn 1. jemand bewusst davon absieht, das noch zu einer autonomen Entscheidung fähige Opfer zu fragen oder 2., falls es dazu nicht mehr imstande ist, die Tötung nicht dessen mutmaßlichen Willen entspricht: Dann will der Täter lediglich seine Vorstellung über Würde und Wert des Lebens eines sterbenden Menschen

100 BGHSt 32, 382 (388); NStZ 2006, 502 (503); 2006, 503 (504).

101 BGHSt 20, 301 (303); LK-Rising-van Saan, 12. Aufl., § 211 Rn 113.

102 BGHSt 32, 382 (388); 39, 353 (369); BGH NStZ 2006, 338 (339).

103 BGHSt 23, 119 (121); 32, 382; BGH NStZ 2009, 29 (30); Küper GA 2014, 611 ff.

104 BGHSt 22, 77; 32, 382 (386 f.); NStZ 2015, 31 f m. Anm. Engländer; NK-Neumann § 211 Rn 66; BGH NStZ 2018, 654 m. zust. Bespr. Hecker JuS 2019, 80 u. Nestler Jura 2019, 346; BGH NJW 2020, 2421 m.Anm. Schiemann; Jäger JA 2020, 867.

105 BGH NStZ 1987, 554; 2006, 167 (169).

106 BGH NStZ 1984, 261; 1993, 438; NStZ 2003, 146 (147); NStZ 2016, 340 f; vgl aber auch BGH NStZ 2007, 268 (269): vorherige Ankündigung.

107 BGHSt 18, 87 (88); 32, 382 (384); BGH NStZ 2006, 338 (339) m.Bespr. Geppert Jura 2007, 270 (274); 2014, 639; Mitsch JuS 1996, 213.

108 BGH NStZ 2006, 503 (504); zur Versuchsstrafbarkeit in Fällen fehlender, vom Täter aber irrig angenommener Arglosigkeit vgl BGH NStZ 2006, 501 (502); Küper JZ 2006, 608 (610); zum Ausnutzungsbewusstsein bei besonderer Erregung des Täters: BGH NStZ 2008, 510 (511 f.); StV 2012, 84 (85); NStZ 2014, 574 m.Anm. Liebhart und bei Spontanataten: BGH NStZ 2007, 330 f; NStZ-RR 2010, 183; NStZ 2014, 507 ff m.Anm. Schiemann; StraFO 2014, 433 f.

109 BGH NStZ 2018, 97 m.Bespr. Hecker JuS 2018, 721; Heghmanns ZJS 2018, 376; NStZ 2021, 162 m.Anm. Grünwald.

110 BGHSt 11, 139 (143); 30, 105 (119); 37, 376 (377) m.Anm. Roxin NStZ 1992, 35.

111 Zum Fall eines sog. Mitnahmesuizids BGHSt 9, 385 (390); krit. NK-Neumann § 211 Rn 73 mwN.